



- 3 »Medizin und Verbrechen. Das Krankenrevier des
KZ Sachsenhausen 1936–1945«. Neue Dauerausstellung
in der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen
Astrid Ley

- 12 Neuengamme –
Vom Konzentrationslager zur KZ-Gedenkstätte
Detlef Garbe

- 26 Tagungsbericht
12. Workshop zur Geschichte der Konzentrationslager,
26.–30. Oktober 2005
Christine Müller

- 30 Ergebnis des Realisierungswettbewerbs
Topographie des Terrors, Berlin

- 31 Veranstaltungshinweise

- 34 »Juden in Oświęcim 1918–1941«
Ein Buch von Lucyna Filip
Wolf Ritscher

- 38 »Lebensunwert« – NS-Psychiatrie und ihre Folgen
Ein Film über Paul Brune
Robert Krieg und Monika Nolte

- 40 Literatur

- 43 Anmeldung und Programm
Bundesweites Gedenkstättenseminar
11.–13. Mai 2006 in Halle (Saale)
Justizverbrechen und deren Aufarbeitung
Das Beispiel der Haftanstalt »Roter Ochse Halle« (Saale)

Titelfoto: Ausstellung »Medizin und Verbrechen«: Raum zum »Alltag im Krankenrevier«, Frey-Aichele Team/Friedhelm Hoffmann, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, 2004

»Medizin und Verbrechen. Das Krankenrevier des KZ Sachsenhausen 1936–1945«

NEUE DAUERAUSSTELLUNG IN DER GEDENKSTÄTTE
UND DEM MUSEUM SACHSENHAUSEN

Astrid Ley

Im Beisein zahlreicher Überlebender wurde am 7. November 2004 in der Gedenkstätte Sachsenhausen die neue Dauerausstellung »Medizin und Verbrechen. Das Krankenrevier des KZ Sachsenhausen 1936–1945« eröffnet. Als erste große ständige Ausstellung zu diesem Thema in Deutschland wird sie einen wichtigen Beitrag zu der auch unter Medizinern lange vernachlässigten Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Ärzten in der NS-Zeit leisten, wie die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in ihrer Ansprache hervorhob.

Für die Ausstellung wurden die original erhaltenen Baracken R I und R II unter der Leitung des Architekten Dr. Günter Hipfel behutsam restauriert, so dass der authentische Charakter dieser 1936 erbauten und damit – unseres Wissens – ältesten erhaltenen KZ-Baracken voll zur Geltung kommt. Die vom Büro Frey Aichele Team (Berlin) entwickelte Ausstellungsgestaltung unterstreicht die Authentizität der historischen Gebäude und betont deren Bedeutung als Hauptexponat der Ausstellung: Decken und Wände wurden von Installationen und Ausstellungselementen völlig freigehalten, Glasstege, auf denen der Besucher läuft, führen durch die Räume. Dieser »Gehweg«, aus dem sich freistehende große Glasvitrinen mit Exponaten und zahlreichen Medienstationen erheben, bildet das bestimmende graphische Element der Gestaltung. Zugleich verweist er auf den historisch abgehobenen Standpunkt des Betrachters. Der in R II beginnende Rundgang führt durch den unterirdischen Durchgang zwischen beiden Baracken und durch den Keller wieder hinauf in die Baracke R I. Die Räume im Keller wurden original belassen und lediglich mit Hinweisen auf ihre frühere Funktion versehen.

Aura und Zeugniswert der Originalbaracken R I und R II sind nur einer der Gründe dafür, dass die von einem Projektteam um Günter Morsch und die Autorin realisierte Ausstellung »Medizin und Verbrechen« mit etwa 800 qm Fläche und ca. 1 000 Exponaten die mit Abstand größte Einzel-Ausstellung im Rahmen des dezentralen Konzepts der Gedenkstätte Sachsenhausen geworden ist. Der andere Grund besteht in der Komplexität und Bedeutung der behandelten Thematik. So liegt der Fokus nicht allein auf den im KZ Sachsenhausen begangenen ärztlichen Verbrechen wie Zwangssterilisation und -kastration, Krankenmord und Menschenexperimenten. Zentraler Schwerpunkt der Ausstellung ist vielmehr auch die – in einem solchen Rahmen bislang noch nie thematisierte – »alltägliche« medizinische Versorgung im Konzentrationslager.

Denn dem Krankenrevier kamen – nach der Absicht der SS – bestimmte Funktionen im Lager zu, die sich zudem im Laufe der Zeit veränderten. Sollte das Revier zunächst nur eine – auch aus Propagandagründen angezeigte – medizinische Minimalversorgung der Häftlinge gewährleisten, so rückte seit Kriegsbeginn die Seuchenprävention in den Vordergrund, da infolge der sich verschlechternden Lebensbedingungen ansteckende

Krankheiten im Lager grassierten, die auch SS-Leute bedrohten. Ab 1942 bestand die Aufgabe vor allem in der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit erkrankter Häftlinge, die für die deutsche Kriegswirtschaft ausgebeutet werden sollten. Untrennbar damit verbunden war die Selektion und Ermordung von Kranken, deren Arbeitsfähigkeit die SS für nicht wiederherstellbar hielt. Ab Sommer 1944 diente das Revier zudem als eine Art Haftlazarett der Gestapo-Sonderkommission »20. Juli«, in welchem durch Suizidversuche oder Folter verletzte Regimegegner trotz schwerer Verwundungen weiter vernommen werden konnten. Besondere Abteilungen des Krankenreviers schließlich wurden als Schauobjekte genutzt, fungierten als besondere Attraktionen bei den – offenbar bis 1945 – mehrfach pro Woche stattfindenden Besucherführungen durchs Lager.

Die museale Darstellung der Vorgänge im Krankenrevier erfolgt – wie schon in anderen Ausstellungen der Gedenkstätte Sachsenhausen – über die Biographien von Häftlingen, über ihre Verfolgungsschicksale, ihre Erfahrungen und ihre Erlebnisse im Lager. Ganz bewusst wurden die Erinnerungen der Opfer an vielen Stellen in den Mittelpunkt der Präsentation gerückt, denn, wie Gedenkstättenleiter Günter Morsch in seiner Eröffnungsrede im Hinblick auf den radikalen Umschwung in der Medizin ab 1933 betonte: »Niemand kann besser diese Verwandlung schildern und bezeugen als die Überlebenden und Opfer der Konzentrationslager, an denen entweder gegen ihren Willen medizinische Experimente durchgeführt wurden, die als Häftlingsärzte und -pfleger das verbrecherische Treiben täglich genau beobachteten oder aber als Kranke in völlig überfüllten Zimmern, in denen katastrophale Zustände herrschten, der Visite der SS-Ärzte entgegenbangten.« Die Geschehnisse im Krankenrevier und seinen diversen Spezialeinrichtungen, aber auch das Verhalten von SS-Ärzten, werden in der Ausstellung also aus der Sicht von Häftlingen erzählt und daher – wegen der Subjektivität individueller Erinnerung – aus sehr unterschiedlichen Perspektiven geschildert.

Als Träger der medizinischen Versorgung spielten Häftlinge tatsächlich eine zentrale Rolle im Krankenrevier. Leiter des Krankenbaus war zwar der »Erste Lagerarzt«, dem weitere SS-Ärzte unterstanden. In der Krankenbetreuung übten diese Ärzte jedoch nur die Aufsicht aus, denn die praktische Behandlung lag in den Händen von »Häftlingspflegern« – speziellen Funktionshäftlingen, von den Gefangenen auch »Sanitäter« genannt. Bis Ende 1942 setzte die SS fast ausschließlich Häftlinge ohne ärztliche Vorbildung – nicht selten sogar völlige medizinische Laien – in der Krankenversorgung ein. Allerdings waren jüdische Häftlinge von diesen Positionen, wie auch von der Behandlung im Revier, grundsätzlich ausgeschlossen. Unter diesen Bedingungen versuchten viele Häftlingspfleger, nicht selten unter hohem persönlichen Risiko, eine möglichst gute medizinische Hilfe zu leisten. Die dazu benötigten Spezialkenntnisse eigneten sie sich von Mithäftlingen selbst an, wie unter anderem am Beispiel des politischen Häftlings Fritz Bringmann gezeigt wird, der von 1937 bis 1939 im Krankenrevier arbeitete. In einer Medienstation kann der Besucher zwischen mehreren Filmsequenzen aus einem längeren Interview mit Bringmann wählen, in denen dieser mit lebhaften Schilderungen dem Betrachter die Geschehnisse unmittelbar nahebringt.

Wie neben Bringmann auch andere ehemalige Häftlinge berichteten, erlegte die Arbeit im Krankenrevier den dort tätigen Funktionshäftlingen eine sehr große Verantwortung auf, denn bei der Behandlung auch schwerer Erkrankungen waren sie oft völlig auf sich gestellt. Die Arbeit im Revier gewährte ihnen aber zugleich einen gewissen Freiraum für Selbstbehauptung und Widerstand gegen den Terror der SS. In der Zeit

bis zum Kriegsbeginn 1939 waren fast alle Pfleger-Posten mit politischen Häftlingen besetzt, die somit den Krankenbau dominierten. Es war ihnen daher möglich, im Lager auffällig gewordene Mitgefangene im Revier zu verstecken oder dort sogar geheime Zusammenkünfte abzuhalten. So führten »Politische« im Sommer 1939 in den Revierbaracken eine Totenfeier für den an Krankheit verstorbenen KPD-Funktionär Lambert Horn durch, die vielen Häftlingen in Erinnerung geblieben ist. Eine Audiostation gibt die Stimmen verschiedener Beteiligter wieder, die das Ereignis später aus je eigener Sicht schilderten.

Ein aus 32 kleinen Figürchen bestehendes Schachspiel steht für einen weiteren zentralen Aspekt der im Revier betriebenen Krankenpflege durch Häftlinge, nämlich den altruistischen Hilfsbereitschaft in medizinischer wie universell menschlicher Hinsicht. Das Spiel stammt aus dem Besitz des ehemaligen Häftlings Franz Cyranek, der von 1938 bis zur Befreiung des Lagers Röntgenlaborant im Krankenrevier gewesen war. Sowjetische Kriegsgefangene hatten es aus der wohl kostbarsten Substanz gefertigt, die ihnen im KZ zur Verfügung stand: aus Brot. Sie schenkten es dem deutschen Häftlingspfleger als Dank für seinen selbstlosen Beistand. Wie der polnische Häftling Witold Zegarski berichtete, sei Cyranek »zu jeder, auch der riskantesten Hilfe« bereit gewesen. Eine solche uneigennützigte Hilfsbereitschaft ist auch von etlichen anderen Funktionshäftlingen des Reviers überliefert. In der Erinnerung vieler Überlebender war der Krankenbau somit vor allem ein Ort von Opfersinn, Solidarität und Hilfe, und zwar trotz der dort verübten SS-Verbrechen und trotz der dort herrschenden Machtkämpfe zwischen einzelnen Häftlingsgruppen.

Nachdem die SS über lange Zeit einzig Nicht-Mediziner in der Krankenversorgung eingesetzt hatte, zog sie ab Ende 1942 konsequent inhaftierte Ärzte und Medizinstudenten zum Dienst im Revier heran. Hintergrund dieser Neuerung war der Funktionswandel der Konzentrationslager nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie, durch den die Lager zu einem »Arbeitskräftereservoir« für die deutsche Rüstungsindustrie geworden waren. Den aus vielen Ländern Europas stammenden Häftlingsärzten wurde nun zur Aufgabe gemacht, durch eine verbesserte medizinische Versorgung die Sterblichkeit im Lager zu senken und damit zugleich die Arbeitsfähigkeit des Häftlingskollektivs zu heben.

Dass nun medizinisch gut geschulte Gefangene aus vielen Nationen im Krankenbau arbeiten konnten, bewirkte eine deutliche Professionalisierung der Krankenversorgung. Wie Überlebende berichteten, führte etwa der 1943 wegen Widerstands gegen die deutsche Besatzungsmacht nach Sachsenhausen verschleppte Pariser Chirurg Dr. Emil Coudert im Lager eine Vielzahl komplizierter Operationen durch. Auch der spätere norwegische Gesundheitsminister Dr. Sven Oftedal spielte als Häftlingsarzt eine bedeutende Rolle. Erinnerungen von Mithäftlingen zufolge organisierte er z.B. größere Mengen von Stärkungsmitteln für das Krankenrevier, indem er die skandinavischen Häftlinge, die zu dieser Zeit regelmäßig Pakete vom Roten Kreuz erhielten, zur Abgabe des darin enthaltenen Lebertrans veranlasste. Auf eine weitere Initiative des Norwegers weist eine erhalten gebliebene ärztliche Verordnung über zwei Tage Schonung hin, die in der Ausstellung zu sehen ist. Das im März 1945 angefertigte Schriftstück entstand im Zusammenhang mit einer von Oftedal ins Leben gerufenen Blutspendeaktion, die bei alliierten Bombenangriffen verwundeten Häftlingen zugute kam.

Wie die Ausstellung auch am Beispiel anderer Mediziner etwa aus der Sowjetunion und Polen illustriert, verfügten die Häftlingsärzte und -pfleger bei ihrer Arbeit im



Stethoskop von
Nikolaj Scheklakow, 1944

Mitte: Armbinde mit Aufschrift
»Häftlingsarzt«, 1944/45
Unten: Schachspiel aus Brot,
1942–1945





Oben: Baracke R II mit
Ausstellungseingang, 2004
Unten: Kopfplastiken von
Albert und Johannes Bock,
1938–1941

Revier über einen nicht unbedeutenden Handlungsspielraum. Dennoch waren sie als Funktionshäftlinge per se in einer schwierigen Lage, denn ihre Position verlangte eine dauernde Gratwanderung zwischen den Befehlen der SS und den Interessen der Patienten. Wegen des permanenten Mangels im Lager waren sie zudem gezwungen, mit zu geringen Mitteln zu viele Kranke zu versorgen. Und nicht zuletzt wurden ihre ärztlichen Bemühungen von der SS im Grunde dazu missbraucht, um unter den Bedingungen der Lagerhaft erkrankte Häftlinge für eine weitere wirtschaftliche Ausbeutung wiederherzustellen. Häftlinge, deren Arbeitsfähigkeit der SS-Arzt für nicht wiederherstellbar hielt, wurden aus dem Krankenbau entfernt. Sie wurden planmäßig vernachlässigt, in andere Lager abgeschoben oder ermordet. Vor allem seit 1942 war das Revier somit auch Ort gezielter »Vernichtung«, wobei erste systematische Selektionen zur »Säuberung des Krankenbaus von chronisch Kranken« sogar schon seit Oktober 1941 nachweisbar sind, wie ein eigener Ausstellungsschwerpunkt zu »Selektion und Mord« dokumentiert. Der in diesem Zusammenhang biographierte ehemalige Häftling Dr. Fritz Leo hat das für die Lage der Häftlingsärzte typische Dilemma in seinen Erinnerungen eindrucksvoll geschildert.

Um die schwierigen Bedingungen häftlingsärztlicher bzw. -pflegerischer Tätigkeit geht es letztlich auch in dem Ausstellungsabschnitt über die Rolle des Krankenreviers als Haftlazarett der Sonderkommission »20. Juli«. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler nahmen Gestapo-Beamte eine große Zahl von Personen fest, die zum Teil führend an den Planungen zum Staatsstreich beteiligt gewesen waren. Bei dieser Verhaftungsaktion wurden durch Suizidversuch oder Gestapo-Folter verletzte sowie erkrankte Regimegegner in das Krankenrevier des KZ Sachsenhausen verlegt, um sie dort gesundheitlich für weitere Verhöre und gegebenenfalls Gerichtsverfahren wiederherzustellen. Zur Versorgung der Verhafteten zog man Häftlingspfleger heran, die man für das Überleben ihrer prominenten Patienten verantwortlich machte. Wie die Ausstellung unter anderem am Beispiel von Hans von Dohnanyi und seinem dänischen Betreuer Knud Peter Damsgaard Jensen demonstriert, entstanden trotz problematischer Rahmenbedingungen mitunter enge freundschaftliche Bindungen zwischen Krankem und Pfleger.

Die noch erhaltenen Baracken R I und R II, in denen die Ausstellung untergebracht ist, waren nur ein Teil des damals laufend vergrößerten Krankenreviers. Bis zum Kriegsende wuchs das Revier auf mehr als sechs Gebäude mit fast 800 Betten an, in denen am Ende über 2 000 Patienten lagen. Doch die Abteilungen waren sehr unterschiedlich ausgestattet. Während es in manchen Stationen am Nötigsten fehlte und die Betten mit zwei oder mehr Kranken belegt waren, herrschten in anderen relativ gute Zustände. Besonders die zuerst gebauten Baracken R I und R II verfügten über recht moderne Therapie- und Diagnoseeinrichtungen, wie Operationssäle, Zahnstation, Röntgenkabinett und Laboratorien. In den Krankensälen gab es bis zuletzt Bettzeug, in einigen waren sogar Einzelbetten aufgestellt. Wegen dieser guten Ausstattung – so berichteten verschiedene Überlebende – wurden R I und R II häufig Besuchern gezeigt. Das verweist auf eine weitere Funktion des Krankenreviers, nämlich die eines Besichtigungs- bzw. Vorführobjekts.

Durch das 1936 als eine Art Modelllager erbaute und unweit der Reichshauptstadt Berlin gelegene KZ Sachsenhausen wurden häufig Besuchergruppen aus dem In- und Ausland geführt. Dabei zeigte man in der Regel aber nur ausgewählte Lagerbereiche, wie die Baracken R I und R II sowie einige »Musterblocks«. Der Kreis der Besucher war sehr heterogen und reichte von Vertretern verbündeter Staaten bis hin zu kritischen



Journalisten. Mit den Führungen sollte einer angeblichen Hetzpropaganda über die Konzentrationslager begegnet und zugleich das Trugbild einer »harten aber gerechten« Behandlung der Gefangenen vermittelt werden. Doch nicht alle Besucher gewannen diesen Eindruck, wie zeitgenössische Privat-Aufzeichnungen über solche Besichtigungen offenbaren. Nicht zuletzt deshalb existieren somit mehrere Sichtweisen von dem bei jenen Führungen Gezeigten: Das von der SS entworfene Trugbild über die Realität im Lager steht einer unterschiedlichen Wahrnehmung dieser Wirklichkeit durch verschiedene Besucher gegenüber. Hinzu kommt die von den Häftlingen erlebte Realität, die bei jenen Besuchen gleichsam als Statisten mitzuwirken hatten. Diese differierenden Sichtweisen galt es miteinander zu konfrontieren, wollte man die Atmosphäre bei jenen Besucherführungen rekonstruieren. Da wegen einer schwierigen Objektlage die klassischen musealen Mittel versagten – so sind die Wahrnehmungen von Besuchern, aber auch Häftlingen, oft nur in schriftlicher Form überliefert –, wurden mit einer Drei-Monitor-Installation neue Wege zur Darstellung von Geschehen beschritten, das von den Beteiligten unterschiedlich erlebt worden ist. Auf drei nebeneinander angebrachten Bildschirmen, von denen einer stets die Sichtweise der SS, ein zweiter die der Besucher und ein dritter die der Häftlinge wiedergibt, kann eine solche Führung durchs Lager aus mehreren Perspektiven gleichzeitig in Film, Bild, Text und Ton verfolgt werden.

An die Themen des bisher besprochenen Komplexes zum »Alltag im Krankenrevier zwischen Versorgung und Vernichtung« schließt sich – als zweiter Hauptteil der Ausstellung – die Darstellung der im KZ Sachsenhausen begangenen medizinischen Verbrechen an. Hier geht es neben der eugenisch motivierten Zwangssterilisation sowie der

Raum zur »Aktion 14f13«, 2004
Alle Fotos: Frey-Aichele Team/Friedhelm Hoffmann, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Zwangskastration als »homosexuell« klassifizierter Häftlinge vor allem um die Krankenmordaktion »14 f 13«, der über 550 vermeintlich oder tatsächlich kranke Insassen des KZ Sachsenhausen zum Opfer fielen. Die »Aktion 14 f 13« war nach dem Aktenzeichen benannt, das in der Oranienburger Inspektion der Konzentrationslager für den Mord durch Gas verwendet wurde. Sie begann im April 1941 mit einer großangelegten Reihenuntersuchung im KZ Sachsenhausen. Von den einige Monate später einsetzenden Selektionen zur »Säuberung des Krankenbaus von chronisch Kranken« unterschied sie sich vor allem dadurch, dass die Ausgesonderten in den Tötungsanstalten der »Euthanasieaktion T4« – einer zentral gelenkten Mordaktion an Psychiatriepatienten – getötet wurden. Eine Installation mit der Original-Zugangstür zum »Vernichtungstrakt« der Tötungsanstalt Sonnenstein bei Pirna erinnert an die Namen der Häftlinge aus Sachsenhausen, die diese Tür kurz vor ihrem gewaltsamen Tod passieren mussten.

Ein anderes Schwerpunktthema dieses Ausstellungsteils bilden die anthropometrischen Untersuchungen der »Rassenhygienischen Forschungsstelle Berlin« an Sinti und Roma im Krankenrevier. Zur wissenschaftlichen Legitimierung staatlicher Verfolgungsmaßnahmen gegen diese Menschen fertigten die Mitarbeiter der Forschungsstelle seit 1936 »Rasse-Gutachten« über die in Deutschland lebenden Roma und Sinti an. Ende 1938 kamen sie dazu auch ins KZ Sachsenhausen, wo sie 400 Sinti und Roma-Häftlinge »rassenbiologisch« untersuchten. Die von den Wissenschaftlern abgegebenen Gutachten dienten der Polizei später als Grundlage bei der Erstellung der Deportationslisten, nach denen hunderttausende Roma und Sinti in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt wurden. Die meisten von ihnen kamen dort um. In der Ausstellung werden diese »Rassenforschungen« im Krankenrevier in den Kontext der gesamten Verfolgungsgeschichte dieser Minderheit gestellt, um die zentrale Rolle jener Wissenschaftler beim systematischen Massenmord an den Sinti und Roma vor Augen zu führen. Die dafür mitverantwortliche Dehumanisierung wissenschaftlicher Forschung kommt deutlich in den Kopfplastiken und Gesichtsmasken zum Ausdruck, die die »Rassenforscher« zu Zwecken der Lehre von Roma und Sinti anfertigten und die jetzt in der Ausstellung zu sehen sind. Kontrastiert werden diese Plastiken mit den Biographien der Abgeformten und anderer Angehöriger der Minderheit, so dass die Verfolgungsgeschichte dieser Menschen auch über individuelle Lebensschicksale nachvollzogen werden kann.

Schließlich widmet sich die Ausstellung dem Thema medizinischer Versuche am Menschen, das anhand von vier Beispielen aus einer großen Vielzahl im KZ Sachsenhausen vorgenommener Experimente beleuchtet wird. Die Versuche an KZ-Häftlingen waren medizinische Verbrechen, bei denen Ärzte an Menschen experimentierten, die nicht frei über eine Versuchsteilnahme entscheiden konnten. Außerdem nahmen die Ärzte dabei eine körperliche Schädigung – oder auch den Tod – ihrer Versuchspersonen in Kauf. In einigen Fällen war der Tod der Versuchsperson sogar geplanter Teil des Versuchs. Wie auch die Beispiele aus Sachsenhausen erkennen lassen, waren die an KZ-Häftlingen untersuchten Fragen erst durch den von Deutschland begonnenen Krieg akut geworden, denn in aller Regel ging es um militärische Zweckforschung und um Probleme der Wehrmedizin, wenn Verfahren zur Optimierung der deutschen Kriegführung erprobt oder Heilmittel und Impfstoffe gegen kriegsbedingte Verletzungen und (Infektions-)Krankheiten getestet wurden.

In der Ausstellung geht es nicht nur um den politischen und wissenschaftlichen Kontext der jeweiligen Experimente und um Person, Motivation und institutionelle

Zugehörigkeit des ärztlichen Täters sowie der Mittäter und Beobachter. Ein zentraler Aspekt ist auch die Sicht der Opfer, der »Versuchspersonen«, welche die Experimente durchleben und erleiden mussten. Eines der gezeigten Beispiele, die Geschichte von elf jungen Juden, die im Sommer 1943 für Hepatitis-Experimente von der Rampe in Auschwitz in das Krankenrevier des KZ Sachsenhausen gebracht worden waren, kann sogar an ihrem authentischen Schauplatz präsentiert werden: in Raum 51 der Baracke R II, wo die Kinder und jungen Männer während der über ein Jahr andauernden Versuche leben mussten.

Am Ende der Ausstellung ist ein »Learning-Center« mit acht Computerarbeitsplätzen untergebracht, in dem eine interaktiv-multimediale Präsentation zum Thema genutzt werden kann. Die bislang nur in einer deutschen Fassung vorliegende Anwendung – eine englische Version ist in Vorbereitung – richtet sich vor allem an Schülergruppen und interessierte Einzelbesucher. Im Zentrum der ca. 1 300 Bildschirmseiten umfassenden und reich verlinkten Präsentation stehen zehn »Sprechende Objekte«, über die sich der Nutzer verschiedene wichtige Aspekte der Ausstellung erschließen kann. Ein zugehöriges Lexikon bietet mehr als 500 Artikel zu historischen Themen, medizinischen Fachbegriffen und zu den in der Ausstellung erwähnten Personen. Darüber hinaus stehen detaillierte Hintergrundinformationen zu Voraussetzungen, Spezifika und Folgen der NS-Medizin zur Verfügung. Eine Rubrik mit »häufig gestellten Fragen« rundet die Präsentation ab.

Die Ausstellung wäre in dieser Form nicht möglich gewesen ohne die bereitwillige Unterstützung durch zahlreiche Archive, Museen, Gedenkstätten und andere Einrichtungen wie der Staatlichen Archivverwaltung in Moskau, der Entschädigungsbehörde Düsseldorf, des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, des Kultur- und Dokumentationszentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg und des Geschichtsarchivs der Zeugen Jehovas in Selters. Der größte Teil der in der Ausstellung gezeigten Objekte wurde jedoch von Überlebenden, deren Familien und Freunden zur Verfügung gestellt. Viele von ihnen trugen zudem durch Gespräche und detaillierte Berichte zur Erforschung der Geschehnisse im Krankenrevier bei. Die Gesamtkosten für Gebäudesanierung und Ausstellung in Höhe von 4,8 Mio. Euro wurden mit Mitteln der Bundesregierung und der Landesregierung Brandenburg finanziert, die computergestützte Präsentation für das »Learning-Center« wurde von der Europäischen Union gefördert. Mit der Ausstellung zum Krankenrevier des KZ Sachsenhausen werden die Geschehnisse und Verbrechen in diesem zentralen Funktionsbereich nationalsozialistischer Lager nun erstmals ausführlich und für die breite Öffentlichkeit an einem authentischen Ort präsentiert.

Dr. Astrid Ley ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Sachsenhausen und Kuratorin der Ausstellung »Medizin und Verbrechen«.

Neuengamme

VOM KONZENTRATIONSLAGER ZUR KZ-GEDENKSTÄTTE

Detlef Garbe

Als vor annähernd 25 Jahren die Gedenkstättenarbeit in Hamburg begann, galt Neuengamme als »vergessenes KZ«. Wie konnte es dazu kommen, dass die Geschichte dieses Ortes derart aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt werden konnte? Warum ist das KZ Neuengamme vergleichsweise unbekannt geblieben, obwohl es mit über 80 Außenlagern und 100 000 Häftlingen eines der großen KZ war und die Zahl der Todesopfer unter den im KZ Neuengamme registrierten Häftlingen mit mindestens 42 900 nicht geringer war als in anderen großen Konzentrationslagern?

Einer der Gründe dafür war sicherlich, dass die siebenjährige Geschichte dieses Lagers aufs engste mit der Geschichte Hamburgs im »Dritten Reich« verknüpft ist. Schon die Gründung 1938 geht auf die Initiative der Hansestadt zurück, die sich von dem Häftlingseinsatz den billigen Bezug von Klinkersteinen für die beabsichtigte Umgestaltung zur »Führerstadt« versprach. Während des Krieges mussten viele Tausende KZ-Häftlinge in städtischem Auftrag Aufräumarbeiten leisten oder in Rüstungsbetrieben und auf den Hamburger Werften für die Kriegswirtschaft schuften. Auch für die Ereignisse bei der Auflösung des Lagers trägt die Stadt ein hohes Maß an Verantwortung. Für die aus berechtigter Sorge vor weiterer Zerstörung beabsichtigte kampflose Übergabe an die Briten wollten die lokalen Partei- und Wirtschaftsführer Hamburg frei von »KZ-Elendsgestalten« wissen, weil sie Repressionen der Alliierten und Übergriffe befreiter Häftlinge fürchteten. Die Folgen waren Transporte und Todesmärsche in die Auffanglager Bergen-Belsen, Sandbostel und Wöbbelin und die vom Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann initiierte Verbringung der letzten 10 000 Neuengammer Häftlinge auf als »schwimmende Konzentrationslager« dienende Schiffe, darunter das ehemalige Renommierschiff der Hamburg-Süd, die »Cap Arcona«, bei deren versehentlicher Bombardierung durch die britische Luftwaffe am 3. Mai 1945 annähernd 7000 Häftlinge ums Leben kamen.

Bei der Auflösung des Lagers versuchte die SS, die Spuren der Verbrechen zu verwischen. Nachdem der Großteil der Häftlinge das Lager verlassen hatte, war ein in Neuengamme verbliebenes 700-köpfiges Restkommando auf Befehl der SS damit beschäftigt, die Spuren der Verbrechen zu verwischen. Berichten zufolge wurden die Baracken von Stroh und Unrat gereinigt, teilweise sogar frisch gekalkt und verräterische Gegenstände wie Prügelbock und Galgen beseitigt. Neben Aufräumarbeiten und Demontagearbeiten ordnete die SS die Vernichtung sämtlicher Kommandanturakten, der Unterlagen der politischen Abteilung (Lager-Gestapo), der Karteien und alles weiteren im Lager befindlichen Schriftgutes an. Die letzten Häftlinge und SS-Leute verließen Neuengamme am 2. Mai 1945. Als ein Vorauskommando britischer Soldaten das Lager wenige Stunden später inspizierte, fand es zwar ein riesiges Gelände mit einer Vielzahl von Baracken vor, was sich dort zugetragen hatte, offenbarte der Ort jedoch nicht. Das Kalkül war aufgegangen: Hätten die britischen Soldaten in Neuengamme jene verhungerten oder zu Skeletten abgemagerten Häftlinge angetroffen, die nach Sandbostel, Wöbbelin, Bergen-Belsen oder auf die KZ-Schiffe verbracht worden waren, so wäre unweigerlich

dadurch auch der Ruf Hamburgs und die Nachkriegsentwicklung belastet gewesen. Da die in Neuengamme vollzogenen KZ-Gräueltaten keinen nachhaltigen Schatten auf das Bild Hamburgs warfen, konnte von der sich weltoffen gebenden Stadt fortan die Legende ausgehen, hier sei es während der Nazi-Zeit weitaus gemäßigter zugegangen als anderswo. Dem Vergessen leistete auch die Nachkriegsnutzung des Konzentrationslagers zunächst als britisches Internierungslager, ab 1948 als Hamburger Gefängnis Vorschub.

Internierungslager und Gefängnis: Neuengamme nach 1945

In den ersten Tagen nach der Befreiung wurde das komplett erhaltene Lager kurzfristig als »Russian DP Camp« für ehemalige sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem Hamburger Raum genutzt. Ab Ende Mai 1945 quartierten die britischen Streitkräfte mehrere tausend Angehörige der Waffen-SS, unter ihnen auch viele Nichtdeutsche, in Neuengamme ein. Fortan diente das Lager als Internierungslager, in das gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz im Zuge des »automatic arrest« zunehmend zivile Funktionsträger des nationalsozialistischen Staatsapparates und der verschiedenen Parteigliederungen, mutmaßliche Kriegsverbrecher und aus Sicherheitsgründen Verhaftete vor allem aus Hamburg und Schleswig-Holstein eingewiesen wurden. Das Lager, das ab dem 3. November 1945 die offizielle Bezeichnung »Civil Internment Camp No. 6« trug, wurde nach und nach für die Unterbringung der unterschiedlichen Haftgruppen in verschiedene Lagerbereiche unterteilt. Im Herbst 1946 wurde es um ein so genanntes »Transitcamp« erweitert, in das aus dem Ausland in die britische Zone ausgewiesene Deutsche mit ihren Familien zur Überprüfung einquartiert wurden.

Als sich 1947/48 das Internierungslager im Zuge der schrittweisen Einstellung der Entnazifizierungsmaßnahmen zunehmend leerte, witterte die Hamburger Gefängnisbehörde »eine selten günstige Gelegenheit« zur Beseitigung ihrer Raumnot. Zur Begründung wurden jedoch nicht Nützlichkeitsabwägungen vorgebracht, sondern das pragmatische Ansinnen wurde – um dem möglichen Vorwurf politischer Instinkttlosigkeit offensiv zu begegnen – gegenüber den britischen Besatzungsbehörden und der Öffentlichkeit kurzerhand zu einem Akt der Vergangenheitsbewältigung erklärt. Ich zitiere aus einem Schreiben des leitenden Beamten der Gefängnisbehörde, Oberlandesgerichtsrat Buhl, vom 21. Oktober 1947: »Das Schandmal der Vergangenheit möge ausgelöscht werden und Neuengamme uns eine Verpflichtung zur Wiedergutmachung bedeuten, die wir willig übernehmen, um aus dieser Anstalt nunmehr eine vorbildliche Anstalt der Menschlichkeit und des modernen Strafvollzuges von Weltruf zu schaffen.«¹

Zunächst wurde im Februar 1948 das Klinkerwerk an die Hamburger Stadtverwaltung übergeben. Ein Vorauskommando von 40 Strafgefangenen und acht Justizbeamten bezog das Werk und begann dort mit Aufräum- und Reparaturarbeiten. Nach der vollständigen Übergabe des Geländes wurde ein halbes Jahr später mit einem Festakt am 6. September 1948 im ehemaligen Konzentrationslager das Gefängnis eröffnet. In einem Bericht des mit der Leitung des neuen Gefängnisses betrauten Beamten wird die Zeremonie mit den folgenden Worten beschrieben: »Am 6. 9. 1948 gab Herr Bürgermeister Koch in Gegenwart des Colonel Mr. Le Cornü nach kurzer Ansprache an die angetretene Beamtenschaft die Anweisung zum Hissen der Flagge der Hansestadt Hamburg, die um 10.35 Uhr über dem Lagerturm aufstieg.«²

Es folgten einige Umgestaltungen und Neubauten: 1949 ließ die Gefängnisbehörde die Holzbaracken abreißen und an ihrer Stelle aus den demontierten Steinen der Klinker-

werk-Ringöfen ein architektonisch eingepasstes Zellengebäude mit Innenhof neu erbauen. Die beiden großen, aus dem Jahr 1944 stammenden zweigeschossigen Massivbauten wurden hingegen für Verwaltungszwecke, als Gefängnislazarett, Magazin und Speiseräume weitergenutzt. Die 1943 für die Gewehrproduktion errichteten Walther-Werke dienten nunmehr als Gefängniswerkstätten, Teile des ehemaligen SS-Lagers und das Kommandantenhaus als Dienstwohnungen. Die Wachttürme wurden – bis auf die bis heute erhaltene SS-Hauptwache – 1951 gesprengt. Hingegen blieb der elektrisch geladene Stacheldraht zunächst noch in Betrieb; nach den damals entwickelten Konzeptionen für einen reformierten Strafvollzug sollte die strikte äußere Sicherheit eine größere Freizügigkeit innerhalb des Gefängnisses ermöglichen.

Die Entwicklung der Gedenkstätte 1953 bis 1995

Die Erinnerung an die Vergangenheit mussten die Überlebenden allein wach halten. Im Jahr 1953 gab der Hamburger Senat ihrem Drängen und entsprechenden Interventionen des Hohen Kommissariats der Französischen Republik nach und stimmte der Errichtung einer ersten Gedenkstätte zu, allerdings nur außerhalb des eigentlichen Lagerbereiches auf dem abseits gelegenen Gelände der ehemaligen KZ-Gärtnerei. Die Ortswahl des Senats war jedoch nicht nur von dem Interesse bestimmt, eine gegenüber dem Strafvollzug leicht abzuschirmende Stätte zu finden, sondern berücksichtigte auch die hohe symbolische Bedeutung des Ortes: In der Lagergärtnerei hatte die SS die Asche der im Krematorium verbrannten Leichen als Dünger verstreuen lassen. Am 18. Oktober 1953 wurde auf diesem Areal eine sieben Meter hohe Muschelkalksäule inmitten einer kleinen Grünanlage eingeweiht. Das Denkmal war zunächst lediglich mit der Inschrift »Den Opfern« und der Angabe »1938–1945« versehen. Ein direkter Hinweis auf das Konzentrationslager und weitere Informationen fehlten.

Die Verbände der Überlebenden des Lagers, die sich 1958 zur »Amicale Internationale de Neuengamme« (AIN) zusammengeschlossen hatten, setzten mit permanenten Eingaben und diplomatischem Druck schließlich ihre Forderung nach Errichtung einer würdigeren Gedenkstätte durch. Am 7. November 1965 wurde das ebenfalls im Bereich der ehemaligen Lagergärtnerei errichtete Internationale Mahnmal eingeweiht, bestehend aus einer den Krematoriumsschornstein stilisierenden Stele mit der Inschrift »Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod sollen nicht vergebens sein!«, einer Gedenkmauer mit Nationentafeln sowie der von der AIN gestifteten Skulptur »Der sterbende Häftling«.

Ungefähr zeitgleich mit den Verhandlungen über die Errichtung des Mahnmals hatten die Hamburger Behörden auch Planungen für den Bau eines weiteren Gefängnisses auf dem früheren KZ-Gelände aufgenommen – ohne die Vertreter der AIN darüber zu informieren. Dieser nach mehrjähriger Bauzeit 1970 auf dem Areal der einstigen Tongruben zwischen Klinkerwerk und ehemaligem SS-Lager fertig gestellte Gefängnis-Komplex, der erhöhten Sicherheitsanforderungen genügt, wurde bis Mitte der achtziger Jahre unter dem Namen »Jugendanstalt Vierlande« als Jugendgefängnis genutzt, seitdem dient er als geschlossene Vollzugsanstalt. Der Bau einer weiteren Strafanstalt auf historischem Grund verlief in der damaligen Zeit ungestört von etwaigen politischen oder moralischen Einwänden. Dass auf diesem Gelände vormals ein Konzentrationslager existiert hatte, wurde in den politischen Gremien und der Öffentlichkeit nicht einmal thematisiert.

Da es weiterhin an Informationen über das KZ Neuengamme fehlte, drängte die AIN seit Beginn der siebziger Jahre verstärkt auf die Ergänzung der Gedenkstätte um eine

ständige Ausstellung. Diese Forderung fand erst Ende der siebziger Jahre Gehör, als in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit deutlich anstieg und sich in Hamburg erstmals in größerem Umfang Gewerkschaften und Jugendverbände für das Projekt in Neuengamme engagierten. Am 18. Oktober 1981 wurde ein in unmittelbarer Nähe des Mahnmals errichtetes Dokumentenhaus eröffnet. Die dort gezeigte Ausstellung, die den Titel »Arbeit und Vernichtung« trug, wurde bis zu ihrem Abbau 1995 von weit über einer halben Million Besucher gesehen.

Die unerwartet große Besucherzahl (45 000 bis 55 000 Personen jährlich), die schon bald erkennen ließ, dass das Ausstellungsgebäude den Anforderungen bei weitem nicht entsprach, führte zu einer Ausweitung der ursprünglich geplanten Konzeption. Schon bald wurde eine regelmäßige Gruppenbetreuung aufgenommen. Jahr für Jahr wurden seitdem 500 bis 1000 Schulklassen und andere Gruppen bei ihrem Besuch der Gedenkstätte betreut. Die personelle Ausstattung mit einem Leiter und zwei Aufsichtskräften erwies sich als völlig unzureichend. Mit ABM- und Honorar-Kräften, studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Praktikantinnen und Praktikanten, Freiwilligen und anderen Ehrenamtlichen wurden die größten Lücken gestopft; und im Laufe der Jahre kamen auch einzelne feste Stellen hinzu.

Im Sommer 1982 war im Rahmen eines Internationalen Workcamps, an dem 120 Jugendliche aus zwölf europäischen Ländern teilnahmen, ein Rundweg um das ehemalige Lagergelände angelegt worden, womit für die Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte erstmals die Möglichkeit bestand, das Gelände in seiner Größenordnung zu erfassen. Wenig später konnte der Rundweg durch Informationstafeln ergänzt werden, die auch die historische Bedeutung der Gebäude auf dem nicht zugänglichen Gelände der Strafanstalten erläuterten.

Mit der Anlage des Rundwegs gerieten die erhaltenen Bauten und Anlagen des KZ Neuengamme verstärkt in den Blick. Zunächst stand das einzige größere Gebäude, das nicht Teil der Strafanstalten war, im Mittelpunkt der Auseinandersetzung: das 1940 bis 1942 von Häftlingen errichtete Klinkerwerk der Deutschen Erd- und Steinwerke. Mitte der fünfziger Jahre hatte das Strafvollzugsamt das 17 000 qm große Werk an eine schwedische Gasbetonfirma verpachtet. In den 1960er Jahren zog diese aus; Teile des Werkes wurden nunmehr von einer kleinen Bootswerft genutzt, der Rest blieb ungenutzt und verfiel.

Als die Justizbehörde sich 1982 mit dem Gedanken trug, leer stehende Teile des Klinkerwerks an eine Raiffeisen-Warengenossenschaft zu verpachten, die dort einen Landmaschinenhandel betreiben wollte, erhob sich gegen diese Pläne massiver Protest, der auch in den Parteien maßgebliche Fürsprecher fand. Die Presse witterte einen Skandal, als bekannt wurde, dass zu den Vertriebspartnern der Warengenossenschaft die Günzburger Landmaschinenfabrik Mengele zählte, die sich im Besitz der Familie des untergetauchten – und von ihr auch finanziell unterstützten – Auschwitz SS-Lagerarztes Josef Mengele befand. Schließlich gab die Justizbehörde ihre Verpachtungspläne auf. Die Protestwelle flammte jedoch erneut auf, als im Sommer 1983 bekannt wurde, dass behördlicherseits nunmehr ein Abriss des Klinkerwerks erwogen wurde. Ein daraufhin initiiertes »Neuengamme-Appell«, der die Erhaltung der baulichen Überreste des KZ forderte, fand innerhalb von drei Monaten die Unterstützung von mehr als 12 000 Menschen aus 18 Nationen, unter ihnen 500 ehemalige KZ-Häftlinge und zahlreiche

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Willy Brandt und Heinrich Böll. Ausländische Regierungsstellen, Königshäuser, Botschaften und Konsulate wurden beim Hamburger Senat vorstellig, um sich für eine würdige Gestaltung der Gedenkstätte einzusetzen.

Schließlich fasste der Senat am 14. Februar 1984 den Beschluss, »die Zeugnisse der Vergangenheit in Neuengamme zu erhalten, aber nicht museal zu gestalten«³. Für die nicht zu den Strafanstalten gehörenden Geländeteile und Gebäude wurde der Denkmalschutz erklärt, das Klinkerwerk wurde entpachtet und – da es vom Verfall bedroht war – in den Jahren 1987 bis 1991 als Baudenkmal gesichert und umfassend restauriert.

Zur Sicherung der Spuren und zum Schutz weiterer Überreste trugen Jugend-Workcamps und andere Initiativen bei. Nach und nach wurden etliche der größtenteils lediglich unter einer Grasnarbe verschwundenen baulichen Überreste, wie die Gleise der Lorenbahn, freigelegt. Mit Hilfe von Modellen und Inszenierungen, wie z. B. der Rekonstruktion einer Tongrube, wurden Verbindungen zwischen der historischen Bedeutung des Ortes und seiner heutigen Gestalt sichtbar gemacht.

Als 1988 bekannt wurde, dass die Justizbehörde wegen des dringenden Modernisierungsbedarfes des Neuengammer Gefängnisses unmittelbar neben dem ehemaligen Appellplatz den Neubau weiterer Haftgebäude beabsichtigte, führte dies erneut zu internationalen Protesten. Daraufhin zog die Justizbehörde ihre Neubaupläne zurück. Diese Auseinandersetzung machte erneut deutlich, wie problematisch die Existenz von Gefängnissen auf dem ehemaligen KZ-Gelände ist. Nicht zuletzt diese Erkenntnis führte zu einer grundsätzlichen Revision der Politik des Hamburger Senats, der im Juli 1989 den Beschluss fasste, die seit 1948 den Bereich des ehemaligen Häftlingslagers nutzende Justizvollzugsanstalt Vierlande an einen anderen Standort zu verlagern, damit »die Würde dieser Stätte« nicht weiterhin durch Nutzung zu Vollzugszwecken »überschattet« bleibt⁴. Gleichzeitig wurden die Planungen für den Bau eines Ersatzgefängnisses aufgenommen. Da ein solcher Gefängnisneubau mit ca. 100 Millionen DM veranschlagt werden musste, ist es verständlich, dass die Entscheidung dem Senat nicht leicht fallen konnte.

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau, der den Senatsbeschluss durchsetzte, erklärte dazu: »Was falsch war, sollen wir so nennen – und endlich ändern. Der Senat und diese Stadt werden die Justizvollzugsanstalt Vierlande verlegen, werden die früheren Gebäude des Konzentrationslagers der Gedenkstätte zurückführen. Das ist nicht Wiedergutmachung, die kann es nicht geben. Es ist das Eingeständnis einer Unzumutbarkeit.«⁵ Die christdemokratische Opposition, die den Beschluss zur Gefängnisverlagerung entschieden ablehnte, sah dies anders: »Die Korrektur Jahrzehnte danach kann die historische Fehlentscheidung der Nachkriegsjahre nicht ungeschehen machen.«⁶

Unter Voscheraus Vorsitz erarbeitete eine aus Wissenschaftlern, Politikern und Repräsentanten der AIN bestehende Kommission von 1991 bis 1993 ein Gedenkstättenkonzept, das von Senat und Bürgerschaft gebilligt wurde und die Grundlage für die weiteren Planungen darstellte. Soweit schon vor der Gefängnisverlagerung möglich, wurden die Kommissionsempfehlungen anschließend schrittweise realisiert. Im Mai 1994 konnte die Gedenkstätte ein von der Kommission als Zwischenlösung vorgeschlagenes provisorisches Containergebäude beziehen, in dem auf 650 qm Archiv und Bibliothek, ein Gruppen- und Filmraum sowie Büros untergebracht worden sind. Im gleichen Jahr

wurde auf dem Gelände des ehemaligen Lagerbahnhofs die Gleistrasse rekonstruiert und ein historischer Güterwaggon aufgestellt.

Die Planungen für den Gefängnisneubau gerieten hingegen so stark ins Stocken, dass zwischenzeitlich der Eindruck aufkam, die Gefängnisverlagerung werde womöglich überhaupt nicht mehr realisiert werden. Nachdem der Senat den ursprünglich anvisierten Termin – 1989 nannte der Justizsenator das Jahr 1995 als Zielvorgabe – aufgrund von Einsprüchen der Bergedorfer Bezirksversammlung gegen den beabsichtigten Gefängnisstandort sowie der zunehmend kritischen Haushaltslage wiederholt hatte hinausschieben müssen, bot der Justizsenator im Juli 1994 an, im Vorgriff auf die ausstehende Verlagerung einen Teilbereich der als Gefängniswerkstätten genutzten ehemaligen Walther-Werke der Gedenkstätte zu Ausstellungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung im Mai 1945 konnte im Südflügel der 1943 errichteten Walther-Werke auf 1 000 qm eine neue Dauerausstellung mit dem Titel »Überlebenskämpfe – Häftlinge unter der SS-Herrschaft« eröffnet werden. Zugleich wurde das bisherige Dokumentenhaus zu einem »Haus des Gedenkens« künstlerisch umgestaltet, in dem die Namen der Opfer – soweit bekannt – bewahrt sind.

Mit der Ausstellungshalle im Südflügel der Walther-Werke und der Zuwegung entlang der Gleistrasse, vorbei am ehemaligen Lagerbahnhof, am Platz des Krematoriums und den 1997 freigelegten Überresten des SS-Schießstandes, umfasste die Gedenkstätte damit neben der ursprünglichen Fläche um das Mahnmal und das Klinkerwerk (insgesamt 17,5 Hektar) seit 1995 ein weiteres Areal im Süden des einstigen KZ-Geländes von ca. 5 Hektar Größe. Beide Gedenkstattenteile wurden getrennt von den beiden Justizvollzugsanstalten. Eine weitere Dauerausstellung wurde im Juni 1997 eröffnet, die am historischen Ort des Klinkerwerks unter Einbeziehung vorhandener Spuren (Trockenkammern, Pressenhaus und Sumpf) die Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge in der Ziegelproduktion dokumentiert. Im Zuge der Umwandlungen der staatlichen Museen Hamburgs in Stiftungen öffentlichen Rechts wurde die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zum 1. Januar 1999 aus dem Museum für Hamburgische Geschichte ausgegliedert. Als selbstständige Einrichtung nach dem »Neuen Steuerungsmodell« mit eigenem Budget untersteht sie seither direkt der Hamburger Kulturbehörde.

Das Für und Wider der Gefängnisverlagerung

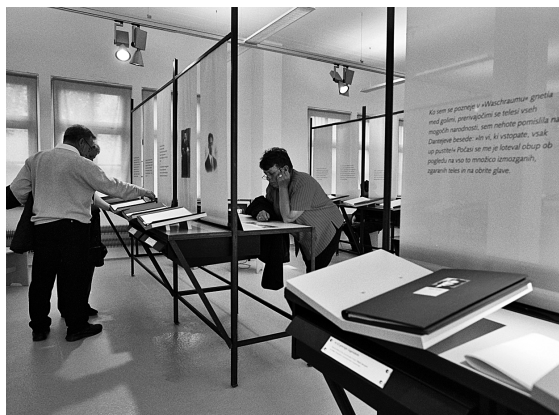
Es dauerte über zehn Jahre und es mussten viele Hindernisse überwunden werden, ehe die im Juli 1989 vom Senat beschlossene Gefängnisverlagerung tatsächlich in Angriff genommen wurde. 1996/97, als der Baubeginn abermals herausgeschoben wurde, schien es so, als sei mit einer Realisierung in absehbarer Zukunft kaum mehr zu rechnen. Die AIN gab im Mai 1996 unter der Überschrift »Hamburgs Schande des Gefängnisses im einstigen KZ muss vor der Jahrtausendwende ein Ende finden!« eine Erklärung heraus, in der sie resümierte: »Mehr als sechs Jahre nach dem Verlagerungsbeschluss ist an den Senat die Frage zu richten, wann endlich seinen Worten Taten folgen werden. [...] Die in der Amicale Internationale zusammengeschlossenen Überlebenden des KZ Neuengamme sind in sehr großer Sorge, ob sie es überhaupt noch selbst werden erleben können, dass dem Ort, an dem sie Zehntausende ihrer Kameraden sterben sahen und der einem Friedhof gleichkommt, mit der ihm gebührenden Würde begegnet wird als einer Stätte der Mahnung und Dokumentation von internationaler Bedeutung. Nicht nur die noch lebenden ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme, sondern auch nach-

Eröffnung, 4. Mai 2005



Mitte/links: Abriss der Justizvollzugs-
anstalt im September 2003
Mitte/rechts: Markierung der
Barackenstandorte (mit archäologischen
Freilegungen), 2005
Unten: Ausstellung »Dienststelle
KZ Neuengamme: Die »Lager-SS« in den
ehemaligen SS-Garagen, Mai 2005





Oben: Blick von der Rampe des KZ-Klinkerwerkes auf das zweite Gefängnis aus dem Jahr 1970, das nach der Schließung nun mehr auch abgerissen werden soll.
 Unten: Hauptausstellung »Zeitspuren« in den ehemaligen Häftlingsblocks 21–24, Mai 2005
 Alle Fotos: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

wachsende Generationen werden den Hamburger Senat aufgrund seiner Handlungen bewerten.«⁷

Als das Bauvorhaben weiter ins Stocken geriet, brachte die CDU im Dezember 1996 in die Bürgerschaft einen Antrag ein, der den »endgültigen Verzicht auf die Verlagerung der Justizvollzugsanstalt Vierlande« forderte. Zwar sprach sich die Oppositionsfraktion darin mit erfreulicher Klarheit für eine weitere Ausgestaltung der Gedenkstätte aus, doch stünde auch außerhalb der Justizvollzugsanstalt dafür genügend Raum zur Verfügung. Der Senat würde irren, wenn er glaube, durch die Gefängnisverlagerung die »Fehler der damals Verantwortlichen« korrigieren zu können. Der Ende der vierziger Jahre erfolgte Abriss der Häftlingsbaracken könne nicht ungeschehen gemacht werden, auch nicht durch die »Sichtbarmachung ehemaliger Grundrisse« nach Beseitigung des auf dem Areal errichteten Gefängnistraktes. Außerdem werde das Ziel des Senats »ohnehin nicht erreicht, solange die Anstalt IX [das ist der zweite, in den sechziger Jahren neu errichtete Gefängniscomplex] auf dem Gelände verbleiben soll«⁸.

Auch von den Verlagerungsbefürwortern wurde nicht bestritten, dass die Anwesenheit der Gefängnisse auf dem Gelände eine permanente Anfrage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit der Hinterlassenschaft des NS-Regimes darstelle, die tiefere Einsichten in den Prozess von Verdrängung und Aufarbeitung eröffnen könne. Davon unbenommen bleibe aber die Anfrage an die politische Moral, ob es auch zukünftig weiterhin angängig sein könne, an der Stätte beispielloser Massenverbrechen Strafvollzug zu praktizieren.

Überhaupt entwickelte sich eine gemeinsame Interessenlage von Justizbehörde und Gedenkstätte, die zum einen aus der Situation erklärter Übergangslösungen resultierte, zum anderen aber auch aus der Erkenntnis der Behörde, dass in Zeiten leerer Staatskassen ohne das Senatsversprechen, dem politischen Skandalon der Nutzung des einstigen KZ zu Haftzwecken ein Ende bereiten zu wollen, der Bau einer neuen, mehr Haftplätze, erhöhte Sicherheitsanforderungen und einen zeitgemäßen Strafvollzug ermöglichenden Justizvollzugsanstalt kaum durchsetzbar wäre.

Mit dem neuen Hamburger Regierungsbündnis aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen (GAL), das sich nach den Wahlen vom September 1997 bildete, kam wieder Bewegung in den Entscheidungsprozess. Bürgermeister Voscherau legte seinem Nachfolger Ortwin Runde die Einlösung des Senatsbeschlusses von 1989 noch einmal als besonders vordringliche Aufgabe ans Herz. In ihrem Koalitionsvertrag bekräftigten die beiden Regierungsparteien, am Ziel der Gefängnisverlagerung festhalten zu wollen. Anschließend wurden die Planungen seitens der Justiz- und der Stadtentwicklungsbehörde nun endlich zügig vorangetrieben.

Nachdem die Mittel für den Bau des für die Verlagerung erforderlichen und zugleich mit mehr Haftplätzen versehenen Gefängnisses in Höhe von 96 Millionen DM in den Haushalt eingestellt worden waren, konnte im August 2000 mit dem Bau der neuen Justizvollzugsanstalt in Hamburg-Billwerder begonnen werden. Zugleich wurde auf der Grundlage der Kommissionsempfehlungen von 1992 ein Entwicklungskonzept erarbeitet, in das Ergebnisse ausführlicher Beratungen mit der AIN ebenso einfließen wie die Anregungen von Gruppen und Verbänden, die sich für die Belange der Gedenkstätte engagieren.

Am Ende dieses langen Weges zeigte sich dann auch im Parlament über alle Parteigrenzen hinweg Einvernehmen: Am 5. September 2001 beschloss die Hamburgische

Bürgerschaft einstimmig, die seit 1948 zu Haftzwecken genutzten KZ-Gebäude nach Fertigstellung des Gefängnisneubaus in die Gedenkstätte einzubeziehen und diese in den Jahren 2002 bis 2006 in drei Schritten zu einem »Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum« zu entwickeln. In der historisch zu nennenden Debatte – nur zweieinhalb Wochen vor den Wahlen war dieses Thema noch kurzfristig auf die Tagesordnung der letzten Bürgerschaftssitzung gesetzt worden – bekannten sich Redner aller Parteien zu diesem Konzept. Die CDU-Abgeordnete Rena Vahlefeld unterstrich nachdrücklich die Verlagerungsnotwendigkeit, einen Weiterbetrieb der Justizvollzugsanstalt an diesem Ort bezeichnete sie als »unerträglich«⁹. Der SPD-Abgeordnete Professor Franklin Kopitzsch sah in der einvernehmlichen Zustimmung ein überaus »gutes Zeichen«, gerade angesichts der »Zweifel«, ob dies »bei der kommenden Bürgerschaft« genauso sein werde. Den Hintergrund jener Zweifel bildeten Meinungsumfragen, die einen Wahlerfolg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive unter ihrem Vorsitzenden Ronald Schill voraussagten, die in ihrem Wahlprogramm im Punkt 5 die Forderung nach »Verhinderung der Schließung der völlig funktionsfähigen Anstalt« in Neuengamme erhob.

Doch nur wenige Wochen nach den Wahlen vom 23. September 2001, die zu einer stark veränderten Sitzverteilung in der Bürgerschaft und zu einem Regierungswechsel führten, stand der zuvor erreichte Konsens plötzlich wieder zur Disposition. Bei der letzten Runde der unter Vorsitz des designierten Bürgermeisters Ole von Beust geführten Koalitionsverhandlungen von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP am 13. Oktober wurde in den Beratungen zum Justizbereich »zu später Stunde« auch der Gefängnisbetrieb in Neuengamme thematisiert. Über das Ergebnis der Beratungen war in der »Welt« zu lesen: »Während der neue Senat den von seinem Vorgänger auf den Weg gebrachten Neubau der Vollzugsanstalt Billwerder weiter betreiben will, erteilte er der noch unter Bürgermeister Henning Voscherau beschlossenen Schließung der Anstalt Neuengamme auf dem ehemaligen KZ-Gelände eine definitive Absage. ›Trotz des hohen Symbolwertes und Diffamierungspotenzials werden wir am Betrieb festhalten‹, so von Beust. Der ›Sündenfall‹, dort überhaupt ein Gefängnis einzurichten, liege Jahrzehnte zurück. Durch die Bewältigung der Vergangenheit sei der Weiterbetrieb ›nicht mehr taktlos‹. Zudem könne es sich die Stadt nicht leisten, auf 400 ›nach modernsten Gesichtspunkten‹ geführte Haftplätze zu verzichten.«¹⁰

Diese Äußerungen sorgten für große Aufregung und öffentlichen Unmut. Vor allem in Hamburg, aber auch national und international erhob sich eine Welle des Protestes. Noch am gleichen Tag kritisierte Noch-Bürgermeister Ortwin Runde (SPD) die Pläne des zukünftigen Senats und erklärte, dass Hamburg »gegenüber den Opfern des KZ-Terrors im Wort«¹¹ stehe. Die ebenfalls noch im Amt befindliche, parteilose Kultursenatorin Dr. Christina Weiss bezeichnete die Pläne als »skandalös und zynisch gegenüber den überlebenden Opfern«. Die CDU scheine »bereit zu sein, alle Skrupel über Bord zu werfen und sich der Law-and-Order-Politik von Schill zu beugen«¹². Der Präsident des Zentralrats der Juden Paul Spiegel äußerte sein außerordentliches Befremden darüber, dass die CDU »von ihrer früheren Position abgerückt« sei. Er wolle nicht hoffen, »dass die Schill-Partei hier auf dem Rücken der Erinnerungskultur ein Zeichen setzen will«¹³.

In der Presse, in der die Gedenkstättenentwicklung in Neuengamme nun zum bestimmenden lokalpolitischen Thema wurde, stellte sich die Absicht der Koalitionäre, von der Schließung der Strafanstalt in Neuengamme Abstand nehmen zu wollen, so dar, als sei Hamburgs kommender Bürgermeister bereit, sich auf dem sensiblen Feld der Vergangen-

heitspolitik dem Druck des nach seinem fulminanten Wahlerfolg bundesweit mit Argwohn beäugten Richter Schill zu beugen. In selten gekannter Einmütigkeit plädierte die Hamburger Presselandschaft dafür, dass der nach langen und schwierigen Diskussionen erreichte parlamentarische Konsens in dieser, für das geschichtliche Selbstverständnis der Stadt zentralen Frage nicht aufgekündigt werden dürfe. Auch angesehenen nationale und internationale Presseorgane wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die »Zeit«, »Times« und »Le Monde« sahen einen »Skandal«. Einige ausländische Stimmen fragten besorgt, ob in Deutschland unter dem Einfluss neuer »rechtspopulistischer« Strömungen die erreichten hohen moralischen Standards im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wieder preisgegeben werden könnten.

Als am 31. Oktober 2001 nach über vierzig Jahren mit Ole von Beust erstmals wieder in Hamburg ein Christdemokrat das Bürgermeisteramt antrat, wurde der Wahlakt von einer »Aktuellen Stunde« überschattet, die die GAL-Fraktion zum angemessenen Umgang mit dem historischen Erbe des KZ Neuengamme angemeldet hatte. Dass einer solchen Debatte unmittelbar im Anschluss an den feierlichen Akt der Vereidigung eines neuen Senats stattgegeben wurde, ist ein bisher einmaliger Akt in der Hamburger Parlamentsgeschichte und verdeutlicht die Brisanz des Themas. Dementsprechend heftig und emotionsgeladen war der Schlagabtausch zwischen den Fraktionen der neuen Rathauskoalition und den Oppositionsparteien SPD und GAL. Während die Oppositionsabgeordneten der neuen Regierung Wortbruch, geschichtliche Verantwortungslosigkeit und eine schwere Schädigung des internationalen Ansehens Hamburgs vorwarfen, hielten Abgeordnete von CDU, Schill-Partei und FDP ihnen vor, dieses Thema parteipolitisch instrumentalisieren zu wollen. Dabei sei moralische Überheblichkeit völlig fehl am Platze, denn es seien schließlich sozialdemokratisch geführte Senate gewesen, die 1948 im ehemaligen KZ Neuengamme ein Gefängnis einrichteten, dieses 1970 um ein zweites ergänzten und die – anders als ihre jetzigen Voten vermuten ließen – es schließlich in den letzten zwölf Jahren selbst nicht vermocht hätten, die Gefängnisverlagerung auch tatsächlich zu realisieren.

Für den Senat nahm der Handlungsdruck weiter zu: Aus dem Ausland und aus dem ganzen Bundesgebiet gingen Protestbriefe und besorgte Anfragen in Hamburg ein. Zahlreiche Verfolgtenverbände, Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten appellierten an den neuen Senat. Prominente aus unterschiedlichen Bereichen meldeten sich ebenso zu Wort wie beispielsweise die Landtagspräsidenten der benachbarten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein Prof. Rolf Wernstedt und Heinz-Werner Arens. Die sich verstärkende Brisanz führte zu einem einhelligen und starken Engagement der Oppositionsparteien, das sich die AIN und andere Interessenvertreter der Gedenkstätte in den Zeiten der Stagnation, die es in den neunziger Jahren mit der Folge jahrelanger Verzögerungen auch gegeben hatte, gewünscht hätten. Holger Christier, der ehemalige SPD-Fraktionschef in der Hamburgischen Bürgerschaft, bekannte in einem Interview aufrichtig: »Es macht auch gar keinen Sinn, alles zu entschuldigen, was in den letzten Jahren passiert ist. Man kann nur um Verständnis bitten, teilweise auch um Entschuldigung, dass dies so lange gedauert hat, dass diese Diskussionen sich hingezogen haben.«¹⁴

Am 21. November erklärten die Senatoren Dr. Kusch (CDU), Mettbach (Schill-Partei) und Lange (FDP) nach einem Gespräch mit Vertretern der AIN, des Zentralrats der Juden und der Kirchen gegenüber der Presse, die grundsätzliche Entscheidung zur Gedenkstätte habe überhaupt nicht zur Disposition gestanden. Der Ausgangspunkt sei vielmehr

eine »unterschiedliche Bewertung von Strafvollzugsinteressen zwischen dem neuen Senat und dem alten« gewesen, der »in Hamburg überproportional viele offene Haftplätze«¹⁵ geschaffen und deshalb auch das Ersatzgefängnis in Billwerder als offene Anstalt konzipiert habe. Senator Kusch gestand ein, dass die aufgrund »einer nicht ganz glücklichen Pressearbeit« entstandenen Irritationen dem Senat selbst zuzuschreiben seien – er sprach in diesem Zusammenhang von »Anfängerfehlern«.

Da die Umlanungen bei dem im Bau befindlichen Gefängnis in Billwerder durch verstärkte Sicherheitsvorkehrungen und eine Erhöhung der Belegungszahl von 400 auf 800 Haftplätze zu einer Verschiebung des ursprünglich geplanten Verlagerungstermins um einige Monate führen würden, bot der Senat als Ausgleich für die Zumutung einer weiteren Verzögerung folgende drei Modifizierungen des ursprünglichen Konzeptes an: 1.) die definitive Zusage, die JVA XII in Neuengamme spätestens zum 30. Juni 2003 aufzugeben, 2.) die Rekonstruktion des ehemaligen Appellplatzes schon im Laufe des Frühjahrs 2002 und die Gewährleistung seiner Zugänglichkeit auch bei laufendem Gefängnisbetrieb und 3.) die Realisierung der gesamten Neugestaltung anderthalb Jahre früher als ursprünglich beabsichtigt bis zum 60. Jahrestag der Befreiung im Mai 2005.

Bei einem anschließenden Empfang im Hamburger Rathaus für die Amicale Internationale verband Bürgermeister von Beust seine Bitte um Zustimmung zu den neuen Vorschlägen des Senats mit einer Entschuldigung für die Verletzung der Gefühle der Betroffenen. Am 24. Januar 2002 verabschiedete die Bürgerschaft den neuen Zeitplan mit den Stimmen aller Fraktionen. Angesichts dieser fraktionsübergreifenden Zustimmung, der sich auch die Abgeordneten der Schill-Partei nicht entziehen konnten, fanden Gegner des Projekts, die es in der Hamburger Bevölkerung natürlich in nicht geringer Zahl gab und gibt, fortan keinen Rückhalt mehr. Der Erfolg war das Verdienst der AIN, der zahlreichen Unterstützer aus dem Ausland, aber auch der unzähligen Engagierten im eigenen Land und in Hamburg. Unverzichtbar war auch die Solidarität anderer Gedenkstätten.

Der Senat hielt seine Zusagen und den Zeitplan präzise ein. Am 6. September 2003 – genau 55 Jahre nach Eröffnung des Gefängnisses – kamen auf dem ehemaligen Appellplatz Hunderte KZ-Überlebende und Angehörige zusammen, um unter dem Titel »Neuengamme enfin libéré« die Gefängnisschließung und die Übergabe des Geländes an die Gedenkstätte feierlich zu begehen. Kurz zuvor hatten auf dem Kerngelände des ehemaligen Häftlingslagers die Abrisse der Nachkriegsbauten und die Bauarbeiten zur Herrichtung der noch aus der KZ-Zeit erhaltenen Gebäude begonnen.

Der 60. Jahrestag der Befreiung markierte einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Gedenkstätte. Mehrere tausend Personen waren am 3. und 4. Mai 2005 nach Neuengamme gekommen, darunter allein 242 ehemalige Häftlinge und über 800 Hinterbliebene und Familienangehörige aus über 20 Staaten Europas, Israel und Übersee, um an der Eröffnung der neuen Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Häftlingslagers durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien Staatsministerin Dr. Christina Weiss und Hamburgs Ersten Bürgermeister Ole von Beust teilzunehmen.

Die nunmehr öffentlich zugänglichen früheren KZ-Gebäude sowie die durch die Markierung der Barackengrundflächen, der Zaunverläufe und archäologische Freilegungen wieder erkennbare Topographie des Ortes, die über 60 Tafeln im Außengelände, das Studienzentrum und die neuen Ausstellungen bieten vielfältige Informationsmöglichkeiten. Weiterhin ergänzen das Internationale Mahnmahl von 1965 und das 1995 gestal-

tete Haus des Gedenkens diesen Lernort. Insgesamt umfasst die Gedenkstätte nunmehr eine Fläche von mehr als 50 Hektar und 15 ehemalige KZ-Gebäude mit rund 41 000 qm umbauten Raumes, wobei es sich sowohl um Häftlingsunterkünfte, Überreste des Lagers für die Wachmannschaften wie auch um Rüstungsbetriebe und das große Klinkerwerk handelt. Die Kosten für die Neugestaltung, die sich Land und Bund teilten, betrugen zusammen 16,3 Millionen Euro (davon ca. 4 Millionen Euro für die neuen Ausstellungen).

Alle vier neuen Dauerausstellungen werden in Gebäuden gezeigt, die aus der Zeit des Konzentrationslagers stammen und die nach Aufgabe der Gefängnisnutzung im Zuge der Neugestaltung teilweise in den Zustand von 1945 zurückgebaut und für Ausstellungszwecke hergerichtet wurden. Die Hauptausstellung »Zeitspuren: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945 und seine Nachgeschichte« befindet sich in einem 1943/44 im Häftlingslager errichteten Unterkunftsgebäude. Die Struktur des Gebäudes mit vier separat zugänglichen Häftlingsblöcken von je ca. 600 qm, die jeweils in zwei große Unterkunftssäle, einen Waschraum und eine Latrine gegliedert waren, ist erhalten geblieben oder für die Ausstellungsnutzung wieder hergestellt worden. Im letzten Kriegsjahr 1944/45 war das Gebäude, das für die Unterbringung von 1000 Häftlingen geplant war, mit weit über 2 000 Menschen belegt. Auf die Nachnutzung des Gebäudes im britischen Internierungslager bis 1948 und in der Justizvollzugsanstalt Vierlande bis 2003 weisen zwei »Zeitschnitte« hin, die in die Ausstellungsgestaltung integriert wurden.

Auch die Wahl der Ausstellungsorte für die drei Ergänzungsausstellungen orientiert sich an den historischen Räumlichkeiten. Die Studiausstellung »Dienststelle KZ Neuengamme: Die Lager-SS«, die anhand von Prozessunterlagen, Dokumenten und Biographien umfangreiche Informationsangebote zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Täter bietet, hat ihren Ort in den ehemaligen SS-Garagen gefunden. Das Konzentrationslager Neuengamme steht mit der rücksichtslosen Ausnutzung der Arbeitskraft von Zehntausenden von Häftlingen in der deutschen Kriegswirtschaft unter Bedingungen, die den Tod durch Entkräftung bewusst einkalkulierten, für den von der SS geprägten Begriff »Vernichtung durch Arbeit«. Über die Arbeitsbedingungen sollen zwei Ergänzungsausstellungen informieren: im ehemaligen Klinkerwerk die erneuerte und überarbeitete Ausstellung »Arbeit und Vernichtung: KZ-Zwangsarbeit in der Ziegelproduktion« und in dem KZ-Rüstungsbetrieb der ehemaligen Walther-Werke die ab Mai nächsten Jahres geöffnete Ausstellung »Mobilisierung für die Kriegswirtschaft: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion«. Ein »Offenes Archiv« in unmittelbarer Nachbarschaft zur Studiausstellung in den ehemaligen SS-Garagen bietet allen Besucherinnen und Besuchern mit Hilfe von Computern, Medienstationen, Lesemappen und Büchern zahlreiche weitere Möglichkeiten zur vertiefenden Recherche.

Kurz vor der Eröffnung der neu gestalteten Gedenkstätte kündigte der Hamburger Senat an, dass auch die zweite Justizvollzugsanstalt in Neuengamme, die Ende der 1960er Jahre als Jugendgefängnis auf dem Gelände der Tongruben errichtet wurde, zum Jahresende 2005 geschlossen wird. Tatsächlich wurden die Strafgefangenen Anfang Februar 2006 in die neue Justizvollzugsanstalt Billwerder verlegt. Der monströse Gefängnisbau soll nun mehr abgerissen und auch dieses Gelände der Gedenkstätte übergeben werden, die bereits erste Pläne für die zukünftige Gestaltung dieses Areals entwickelt hat. Damit wird das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme zukünftig allein der Erinnerung an die über 100 000 Menschen dienen, die von der SS hierher deportiert wurden und von denen ca. die Hälfte die Verfolgung nicht überlebten.

Aus dem ersten kleinen Dokumentenhaus hat sich innerhalb von 25 Jahren eine Stätte aktiver Auseinandersetzung mit der Geschichte, ein Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum entwickelt, zu der heute 17 Gebäude mit vier ständigen Ausstellungen sowie drei Außenstellen in Fuhlsbüttel, Poppenbüttel und am Bullenhuser Damm gehören. Ob Neuengamme tatsächlich auf Dauer als Erfolgsgeschichte einer Gedenkstättenentwicklung gelten kann, muss sich noch erweisen. Dafür gilt es, diese Einrichtung weiter mit Leben zu füllen und das Programmprofil in Richtung einer Stätte fortzuentwickeln, die die Geschichtsvermittlung in Bezug zu aktuellen Fragestellungen setzt, »die für die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen in Vergangenheit und Zukunft, für die Entwicklung demokratischen Denkens und Handelns, für die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität und für das Miteinander verschiedener Kulturen wegweisend sind«¹⁶.

Dr. Detlef Garbe ist seit 1989 Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

*Vortrag im Rahmen der Sektion »Zum Beispiel Neuengamme – Der Umgang mit dem Ort unter Gestaltungs- und Ausstellungsaspekten« für das bundesweite Gedenkstättenseminar »Zum Umgang mit den Orten nationalsozialistischer Gewaltverbrechen seit 1945: Perspektiven der Erinnerungskultur in Deutschland«, Hamburg-Neuengamme, 23. September 2005.
(Zur Veröffentlichung überarbeitet.)*

- 1 Schreiben Oberlandesgerichtsrat Buhl an den Senat vom 21. 10. 1947, Staatsarchiv Hamburg, Justizbehörde 4402/171, Gen. Bd. 1.
- 2 Bericht des übergangsmäßig mit der Leitung des neuen Gefängnisses betrauten Verw. Oberinspektors L. vom 18. 9. 1948 an die Gefängnisbehörde, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (AGNg).
- 3 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 14. 2. 1984 (Drucksache 11/2026).
- 4 Presseerklärung der Staatlichen Pressestelle, 17. 7. 1989, AGNg.
- 5 Zit. nach: 45. Jahrestag der Befreiung von Nazifaschismus und Krieg. Dokumentation der Internationalen Manifestationen im Mai 1990: Neustadt – Neuengamme. Hg.: Amicale Internationale de Neuengamme und Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Neumünster 1991, S. 64 f.
- 6 Stellungnahme der CDU in der Kommission zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, eingebracht durch Fridtjof F. O. Kelber, Kommissionsmitglied, am 21. 8. 1992 (Drucksache 14/3875, Anlage 2).
- 7 Erklärung der Amicale Internationale KZ Neuengamme vom 3. 5. 1996, AGNg.
- 8 Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion vom 4. 12. 1996 (Drucksache 15/6519).
- 9 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 16/105, 5.9.2001.
- 10 Mehr Polizeistreifen auf Hamburgs Straßen. Bürgerbündnis einig: 250 zusätzliche Angestellte in Uniform. Haftanstalt Neuengamme bleibt erhalten, Die Welt, 15. 10. 2001.
- 11 Bürgermeister Runde kritisiert Pläne des neuen Senats, Staatliche Pressestelle, 15. 10. 2001, AGNg.
- 12 Bürgerblock will Ausbau der KZ-Gedenkstätte Neuengamme rückgängig machen, Staatliche Pressestelle, 15. 10. 2001, AGNg.
- 13 (dpa-Gespräch) – Spiegel: kein Verständnis für Gefängnis auf ehemaligem KZ-Gelände, dpa/Ino 16. 10. 2001.

Tagungsbericht

12. WORKSHOP ZUR
GESCHICHTE DER KONZENTRATIONSLAGER
26. – 30. OKTOBER 2005

Christine Müller

Der von einem polnischen und drei deutschen Doktoranden organisierte 12. Workshop zur Geschichte der Konzentrationslager fand Ende Oktober 2005 im polnischen Lublin statt. Am 26. Oktober 2005 versammelten sich fast vierzig junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus sechs Ländern in einem Lubliner Kloster, um sich über unterschiedliche interkulturelle und interdisziplinäre Aspekte der Konzentrationslagerforschung auszutauschen.

Die Beiträge aus den verschiedenen Fach- und Forschungsbereichen wie Literatur, Soziologie, Politik, Geschichte, Kunstgeschichte, Architektur, aber auch Musik-, Film- und Sportwissenschaft boten die Grundlage für angeregte Diskussionen, in deren Mittelpunkt die Vernichtungslager auf heutigem polnischen Staatsgebiet standen.

Die 15 Referentinnen und Referenten stellten in sehr anschaulich präsentierten 20-minütigen Beiträgen ihre Forschungsergebnisse dar und sprachen dabei offene Fragen an. Diese Form des Workshops ermöglichte einen umfassenden und für alle Seiten Gewinn bringenden Austausch.

Einführend fand eine Lesung aus dem Roman »Hundejahre« von Günter Grass statt, die das erste Thema des Workshops einleitete: Konzentrationslager in der Literatur. Dazu referierte Sheridan Burnside (London) über die Darstellung des KZ Stutthof in Günter Grass' Roman »Hundejahre« aus literaturwissenschaftlicher Sicht. Die britische Germanistin arbeitete anhand verschiedener Textbeispiele die Frage nach der literarischen Darstellbarkeit des Holocaust heraus und verknüpfte diese mit der spezifisch deutschen Erinnerungskultur nach 1945. Sie eröffnete eine Debatte über die Rolle von Historikern und Schriftstellern als Träger der kollektiven Erinnerung, die später immer wieder aufgegriffen wurde.

Einen wichtigen Stellenwert nahmen im diesjährigen Programm des Workshops heutige Gedenkstättenkonzeptionen ein. Diese konnten in der Praxis insbesondere bei den Besichtigungen der Gedenkstätten Belzec und Majdanek veranschaulicht werden. Durch die 2004 eröffnete neue Gedenkstätte für die Opfer des Vernichtungslagers Belzec führte der Leiter Robert Kuwałek. Anschließend wurde das Thema »Didaktik in KZ-Gedenkstätten« von der polnischen Doktorandin Zuzanna Bogumił (Warschau) mit ihrem in englischer Sprache gehaltenen Beitrag über touristische Perspektiven auf das Konzentrationslager Majdanek eingeleitet. In ihrer Promotionsarbeit untersucht sie die Motivation der Besucher von Gedenkstätten, die sie methodisch durch Besucherbefragungen und Interviews zu erfassen versucht. Einen anderen Ansatz wählte René Mounajed (Göttingen), der in seinem Beitrag nach den Aufgaben der Geschichtsdidaktik in KZ-Gedenkstätten fragt. Das von René Mounajed vorgestellte Konzept empfiehlt einen mindestens zweitägigen Aufenthalt in den Gedenkstätten, um die Geschichte des Ortes zu erläutern und darüber hinaus auf individuelle Fragen der Schülerinnen und Schüler näher eingehen zu können. Kontrovers diskutiert wurde vor allem, ob es nötig und überhaupt

möglich ist, einen Bezug zu aktuellen Menschenrechtsverletzungen herzustellen – eine Frage, die René Mounajed in den Raum stellte.

In der Gedenkstätte Majdanek wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops durch den Direktor Edward Balawejder begrüßt und anschließend von einem langjährigen Mitarbeiter, Wiesław Wysok, über das frühere Lagergelände geführt. Während dieser Besichtigung wurde nicht nur die Geschichte des Ortes vermittelt, sondern auch die Konzeption der Ausstellung erklärt. Ein weiterer Mitarbeiter der Gedenkstätte, Grzegorz Plewik, berichtete danach über die Debatten zu den geplanten zukünftigen Ausstellungen in der Gedenkstätte Majdanek und stand anschließend für Fragen zu Verfügung.

Ein weiterer Themenkreis, der während des diesjährigen Workshops besprochen wurde, war die Täterforschung. Jan Henrik Fahlbusch (Erfurt/Berlin) schilderte in seinem Beitrag die vielfältigen Formen physischer Gewalt im Vernichtungslager Belzec und bestätigte mit seinen Untersuchungen zwei Kernaussagen der Holocaustforschung: die Alltäglichkeit von willkürlicher Gewalt war eine zentrale Form der Herrschaftspraxis und die Handlungsspielräume der Lager-SS und der »Trawniki-Männer« wurden von diesen individuell unterschiedlich genutzt.

Darauf aufbauend wurden zwei typische Lebensläufe von Tätern des Dritten Reiches vorgestellt. Marco Pukrop (Hannover) machte an der Karriere des Lagerarztes Heinrich Rindfleisch im KZ Majdanek und an seiner späteren Tätigkeit als praktizierender Arzt in Westdeutschland deutlich, wie tief Mediziner in die nationalsozialistischen Verbrechen verstrickt und wie vielfältig ihre Möglichkeiten nach dem Krieg waren, sich der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen. Einen anderen Ansatz wählte Birga Meyer (Bremen) mit ihrer sehr gelungenen Analyse des Prozesses gegen Fritz Hildebrand, des ehemaligen Lagerkommandanten von Drohobycz und Boryslaw, der 1953 in Bremen wegen seiner Beteiligung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Birga Meyer versuchte durch die sprachliche und



Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma, Gedenkstätte Buchenwald, Foto aus Begegnungen, Bildband zum 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus. Fotos von Mark Mühlhaus. Arug & Attenzione (Hg.), ISBN 3-932082-16-8.

quellenkritische Untersuchung der Gerichtsakten Rückschlüsse sowohl auf die Art der Verbrechen, die Hildebrand während des Zweiten Weltkrieges begangen hatte, als auch auf verharmlosende Täterdiskurse der westdeutschen Gesellschaft der frühen 50er Jahre zu ziehen.

Als nächstes Themenfeld schlossen sich die nationalsozialistischen Lager im ehemaligen und heutigen Polen an. Andrea Rudorff (Berlin) beschrieb in ihrem Forschungsprojekt das System der Außenlager des KZ Groß-Rosen. Dabei stellte sie nicht nur deren historische Funktion in den unterschiedlichsten industriellen Betrieben in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, sondern auch – falls vorhanden – die heutigen Erinnerungsorte. Piotr Weiser (Lublin) referierte in englischer Sprache über die Beziehungen zwischen den Konzentrationslagern Groß-Rosen und Majdanek in der Zeit von 1941 bis 1944. Er stellte detailliert zwei Transporte zwischen den Lagern vor und wies dabei auf die dürftige Materiallage hin.

Den dritten Beitrag zu diesem Themenkomplex lieferte die polnische Doktorandin Małgorzata Preuss (Warschau), die ihre Untersuchung der Zentralbauleitung im KZ Auschwitz-Birkenau vorstellte. Sie legte dar, dass die Angestellten dieser Institution die gesamte bauliche Infrastruktur aller Lageranlagen – auch die der Krematorien – entwickelten und erstellten. Die Warschauer Doktorandin analysierte soziologisch die deutsch-polnisch-jüdischen Verhältnisse im Büro der Zentralbauleitung und auf den Baustellen, dabei hinterfragte sie vor allem die Rolle der polnischen Zivilarbeiter als Zeugen der Shoah.

Anschließend wurde ein weiterer Forschungsgegenstand untersucht, der besonders die unterschiedlichen deutschen und polnischen Ansätze betonte: die Erinnerung an die Konzentrationslager. Die polnische Doktorandin Zofia Wóycicka, die vom angesehenen Warschauer Professor Włodzimierz Borodziej betreut wird, untersucht mit diskursanalytischen Mitteln die Debatten um die Interpretation der Erfahrung von NS-Konzentrations- und Vernichtungslagern in Polen 1944–1950. Auch in Polen gab es keine einheitliche kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, sondern eine Vielzahl öffentlicher Debatten zwischen verschiedenen Opfer- und Interessengruppen. Ihr besonderer Schwerpunkt liegt auf der Gestaltung der Geschichtserinnerung in autoritären Gesellschaften. Einen anderen Ansatz verfolgt die Architektin Alexandra Klei (Berlin), die in ihrer Promotionsarbeit die Architektur der nationalsozialistischen Konzentrationslager hinsichtlich ihrer Bedeutung für Erinnerung und Gedenken analysiert und im Besonderen nach der Funktion von Architektur und ihrem Stellenwert in der Präsentation und Produktion von Geschichtsbildern fragt. Aus kunsthistorischer Perspektive untersuchte Annika Wienert (Bochum) die Aufgabe und Funktion von KZ-Denkmalern am Beispiel des Denkmals in Auschwitz-Birkenau. Dabei stand die Überlegung, ob eine künstlerische Formsprache eine Antwort auf die Frage geben kann, was Auschwitz war, und ob sie diese vermitteln kann, im Mittelpunkt ihrer Betrachtung.

Film als historische Quelle nutzte Christine Müller (Heidelberg) in ihrer Analyse über die Darstellung des Frauenlagers Auschwitz-Birkenau. Dabei bezog sie sich auf zwei polnische Filme: »Ostatni Etap« (Die letzte Etappe) von Wanda Jakubowska (1947) und »Pasażerka« (Die Passagierin) von Andrzej Munk (1961/63). Letzterer wurde auch innerhalb des Workshops vorgeführt und führte mit der anschließenden Präsentation des 1944 von Aleksander Ford gedrehten Dokumentarfilms über die Befreiung Majdaneks zu einem tieferen Verständnis des polnischen Blicks auf Auschwitz-Birkenau und zu

einer angeregten Diskussion über die Darstellbarkeit des Holocaust mit den Mitteln des Films.

Abschließend gingen zwei Referentinnen auf den Themenkomplex Alltag im Konzentrationslager ein. Veronika Springmann (Berlin) untersucht in ihrer Promotionsarbeit Sport als Praxis der Gewalt in den Konzentrationslagern. Sport, Strafoxerzieren und Strafturnen wurden gezielt als Techniken zur gewaltsamen Herrschaftsausübung im Konzentrationslager eingesetzt. Diese erlebten Gewalterfahrungen stehen im Mittelpunkt der Sport- und Geschichtswissenschaftlerin.

Einem anderen Paradoxon widmet sich die Doktorandin Juliane Brauer aus Potsdam in ihrer Arbeit über Musik und Gesang im Konzentrationslager Sachsenhausen. Musik war sowohl ein Instrument zur Disziplinierung und Demütigung und gehörte somit zur alltäglichen Herrschaftspraxis der SS. Dennoch zählte sie auch als fester Bestandteil zur Bewältigungsstrategie der Häftlinge und nahm teilweise durchaus therapeutischen Charakter an.

Die Organisationsform des Workshops, kurze Referate mit anschließender ausführlicher Diskussion der dargestellten Thesen, war sehr ansprechend und so auch für die Teilnehmer des Workshops, die keine Referate hielten, geeignet, sich in das Forum einzubringen. Studentinnen und Studenten aus Deutschland, Großbritannien, Litauen, Österreich, Polen und sogar Japan brachten interessante Anregungen und Gedanken ein, die die Diskussion beflügelten.

Die gut durchdachte Auswahl der Referentinnen und Referenten, Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Fachrichtungen, die sich in verschiedenen Stadien ihrer Forschungstätigkeit befinden und dabei teilweise sehr unterschiedliche Fragen an den Forschungsgegenstand stellten, bereicherten den Gedankenaustausch.

Dazu kamen die Besichtigungen zweier ganz unterschiedlicher Gedenkstätten, die die Probleme der heutigen Gedenkstättenkonzeptionen verdeutlichten: Belzec als Ort, an dem nach dem Krieg nichts an die Ermordung einer halben Millionen Juden erinnerte und an dem inzwischen ein beeindruckendes Mahnmal und eine zeitgemäß konzipierte Ausstellung errichtet wurden, und Majdanek, das durch das noch erhaltene Lagergelände und die dortige Ausstellung nicht minder ergreifend war.

Demgegenüber wird der 13. Workshop zur Geschichte der Konzentrationslager verstärkt die verschiedenen Lagertypen und ihre Funktion im nationalsozialistischen Terrorsystem in den Blick nehmen und soll besonders die französischen und luxemburgischen Nachwuchsforscherinnen und -forscher ansprechen. Als Tagungsort wurde Saarbrücken gewählt, Besichtigungen der ehemaligen Lager Neue Bremm, Natzweiler und Hinzert sind geplant.

Informationen

Der Workshop wurde organisiert von: Wojciech Lenarczyk (Lublin), Andreas Mix (Berlin), Johannes Schwartz (Erfurt/ Berlin), Veronika Springmann (Berlin).

Finanziell unterstützt wurde das Projekt vom Fonds »Erinnerung und Zukunft«, der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und der Dr. Hildegard Hansche Stiftung.

Kontakt

Diesjähriges Organisationsteam: lublin2005@web.de

Christine Müller (M.A.), arbeitet an einer Promotion zum Thema »Polnische Erinnerungspolitik an die Vernichtungslager der Aktion Reinhardt: Belzec, Sobibor und Treblinka – 1944–2004«. Seit Januar 2006 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Heidelberg, Dezernat Internationale Angelegenheiten.

Ergebnis des Realisierungswettbewerbs Topographie des Terrors, Berlin

Am 24. Januar 2006 fand die Abschlusssitzung des Preisgerichts für den international ausgelobten, anonymen, zweiphasigen Wettbewerb »Topographie des Terrors« statt. Den ersten Preis gewann der Entwurf des Berliner Architektenbüros Heinle, Wischer und Partner: die Architektin Ursula Wilms mit dem Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann (Aachen). »Form und Situierung des Gebäudes für das Dokumentationszentrum« – so die Arbeitsgemeinschaft – »stellen sich in einen Dialog zum benachbarten Martin-Gropius-Bau, bewahren aber auf dem Gelände selbst durch den quadratischen, eingeschossigen Kubus eine eindeutige Neutralität zum geschichtlichen Geschehen an diesem Ort.« Der Geschäftsführende Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Dr. Andreas Nachama, ist erleichtert, daß ein Entwurf gekürt wurde, der in seiner »eingeschossigen Bauweise sich nicht über das Gelände erhebt, zugleich aber mit seiner hellen Metallgeflechtfassade eine dem »Lernort angemessene Würde ausstrahlt«. Ziel des Wettbewerbs war es, von den Arbeitsgemeinschaften aus Architekten und Landschaftsarchitekten eine Gesamtkonzeption für die Gestaltung des Geländes und des neuen Dokumentationszentrums zu erhalten, die der nationalen und internationalen Bedeutung des historischen Ortes mit seinen materiellen Spuren gerecht wird. Auf dem Gelände der »Topographie des Terrors« befanden sich von 1933–1945 die Zentralen des nationalsozialistischen SS- und Polizeistaats – die gefürchtetsten Terrorinstitutionen des »Dritten Reiches«. Der zweite Preis ging an den Architekten Ramsi Kusus und den Landschaftsarchitekten Frank Kiessling (beide Berlin). Außerdem wurden zwei vierte Preise vergeben und über vier Ankäufe entschieden. Dem Preisgericht gehörten sieben Sachpreisrichter, darunter 5 Architekten und 2 Landschaftsarchitekten, sowie als Fachpreisrichter Vertreter der Bundesregierung (Auslober des Wettbewerbs), des Landes Berlin und der Stiftung Topographie des Terrors an.

Weitere Informationen ■ www.topographie.de

Modell des 1. Preis
Foto: Torsten Seidel/
Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



Veranstaltungshinweise

Bundesweites Gedenkstättenseminar

Halle (Saale), 11.–13. Mai 2006

45. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Justizverbrechen und deren Aufarbeitung – Das Beispiel
der Haftanstalt »Roter Ochse«

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung, Gedenkstätte Roter Ochse
Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin
Tel. (030) 254509-15 | Fax: (030) 254509-99
www.topographie.de | lutz@topographie.de
Programm siehe Einlage in diesem Heft.

Veranstaltungen der Topographie des Terrors

Berlin, 28. Februar 2006

Vortrag »Die Wilhelmstraße und die Reichskanzlei«

Referent: Christoph Neubauer

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-0 | Fax: (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 7. März 2006

Vortrag »Die Gegenwart des Antisemitismus«

Referent: Klaus Holz

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-0 | Fax: (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 21. März 2006

Vortrag »Unwürdige Opfer. Die Aberkennung
von NS-Verfolgten in Berlin 1945–1949«

Referentin: Susanne zur Nieden

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-0 | Fax: (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 11. April 2006

Vortrag »Die ostdeutschen Strafverfahren gegen ehemalige Nationalsozialisten«

Referent: Prof. Dr. Klaus Marxen

Beginn 20 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Stresemannstr. 111, 10963 Berlin

Tel. (030) 254509-0 | Fax: (030) 254509-99

www.topographie.de | info@topographie.de

Seminare, Tagungen

Nordhausen, 3.–5. März 2006

Tagung »NS-Zwangsarbeit und Justiz«

Ort: KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Informationen: KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Tagungsbüro »NS-Zwangsarbeit und Justiz«, Kohnsteinweg 20, 99734 Nordhausen

Tel. (03631) 49580 | Fax: (03631) 495813

www.forumjustizgeschichte.de | info@dora.de

Neuengamme, 4. März 2006

Seminar »6. Pädagogischer Studientag«

Ort: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Informationen: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 39, 21039 Hamburg

Tel. (040) 428131-517 | Fax: (040) 428 96 525

www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de | Frank.Juergensen@kb.hamburg.de

Nürnberg, 11. März 2006

Symposium »Rassenwahn« – Vom (Un)Wert des Menschen –

Über Rassenkunde, Forscherdrang und den Umgang mit dem Fremden

Ort: Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Bayernstraße 110

Informationen: Museen der Stadt Nürnberg, Dokumentationszentrum

Reichsparteitagsgelände, 90471 Nürnberg

Tel. (0911) 2318409 | Fax: (0911) 2318410

www.museen.nuernberg.de | dokumentationszentrum@stadt.nuernberg.de

Lublin, 22. März–1. April 2006

Seminar »Forschendes und praktisches Lernen in der Gedenkstätte Majdanek«

Ort: Lublin

Information: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW

Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen

Tel. (0201) 227982 | Fax: (0201) 235505

www.hu-bildungswerk.de | buero@hu-bildungswerk.de

Ghent, 22.–25. März 2006

Kolloquium »Who Owns the Past? Heritage Rights and Responsibilities in a Multicultural World«

Ort: Ghent, Belgium, Provinciehuis

Informationen: Ename Center, Abdijstraat 13-15, 9700 Oudenaarde, Belgium

Tel. (0032-55) 300344 | Fax: (0032-55) 303519

www.enamecenter.org | colloquium@enamecenter.org

Ausstellungen

Papenburg, 17. Januar–2. Juli 2006,

»Kultur als Zuflucht« – Lagererfahrungen in künstlerischen Selbstzeugnissen

Ort: Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager

Veranstalter: Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager

Wiek rechts 22, Papenburg

Tel. (04961) 916306

Kassel, 29. Januar–12. März 2006

»Nur die Sterne waren wie gestern« – Henryk Mandelbaum

(Häftling des Sonderkommandos von Auschwitz 1944/45)

Ort: Museum für Sepulkralkultur Kassel

Veranstalter: Museum für Sepulkralkultur Kassel, Weinbergstraße 25-27, 34117 Kassel

Tel. (0561) 91893-0 | Fax: (0561) 91893-10

www.sepulkralmuseum.de | info@sepulkralmuseum.de

Lohheide, 15. Februar – 30. April 2006

Fotoausstellung »Grasnarben« – Fotografien von ehemaligen NS-Lagern
in Norddeutschland«

Fotografien von Barbara Millies und Harald Schwörer

Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen

Veranstalter: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Gedenkstätte Bergen-Belsen, 29303 Lohheide

Tel. (05051) 6011 | Fax: (05051) 7396

www.bergen-belsen.de | Bergen-Belsen@t-online.de

Dachau, 3. März–10. April 2006

»UNITED against racism« – Netzwerk gegen Rassismus«

Ort: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau, Alte Römerstr. 87

Veranstalter: Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Ola Kozyra/ASF-Freiwillige, 85221 Dachau

Tel. (08131) 13644

www.versoehnungskirche-dachau.de | versoehnungskirche@t-online.de

Torgau, 24. März – 8. Mai 2006

»Größte Härte...« Wehrmachtverbrechen in

Polen September/Oktober 1939

Ort: Torgau, Schloss Hartenfels, Schlossstr. 27

Veranstalter: Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau

Schlossstr. 27, 04860 Torgau

Tel. (03421) 713468 | Fax: (03421) 714932

www.diz-torgau.de | info@diz-torgau.de

*Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief Nr. 130/2006
ist der 31. März 2006. Hinweise werden berücksichtigt sofern aus Platzgründen möglich.*

Buch- und Filmhinweise

»Juden in Oświęcim 1918–1941«

Ein Buch von Lucyna Filip

Wolf Ritscher

Lucyna Filip, Historikerin im Archiv der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau (Panstwowe Muzeum Auschwitz-Birkenau w Oświęcimiu) hat nach der 2003 erschienenen polnischen Ausgabe mit dem Titel »Zydzi w Oświęcimiu 1918 – 1941« nun auch die deutsche Übersetzung ihres Werkes unter dem Titel »Juden in Oświęcim 1918–1941« vorgelegt. Schon der polnische Name »Oświęcim« im Titel verrät, dass es nicht um die jüdischen Opfer im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau geht – denn für dieses benutzt man in Polen weiterhin das deutsche Wort »Auschwitz«, um diese mörderische Einrichtung des nationalsozialistischen Deutschland eindeutig von der polnischen Stadt Oświęcim abzugrenzen. Das polnische Oświęcim wurde nach der Besetzung Polens im September 1939 als Auschwitz dem Deutschen Reich und hier dem neuen Regierungsbezirk Kattowitz zugeschlagen. Das Konzentrationslager Auschwitz lag also nach damaliger Nazi-Rechtslage auf deutschem Boden.

Lucyna Filip geht es in ihrer Arbeit primär um die jüdische Bevölkerung der Stadt Oświęcim, schwerpunktmäßig um die Zeit von 1918 bis 1939, also die Zeit des nach 125 Jahren neu erstandenen Staates Polen, den das NS-Deutschland und die stalinistische Sowjetunion mit ihrem Einmarsch im September 1939 endgültig zu zerstören trachteten.

Da sie als Historikerin nicht ohne den Rückblick auf Entwicklungslinien auskommt, beschreibt sie im ersten Kapitel zunächst sehr ausführlich die seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts untrennbar mit ihrer jüdischen Bevölkerung verbundenen Geschichte der Stadt Oświęcim. Kazimierz der Große (1333–1370) hatte die in Westeuropa verfolgten Juden eingeladen, sich in seinem Königreich und vor allem in der Hauptstadt Krakau niederzulassen. Seit dieser Zeit entstanden in Polen prosperierende jüdische Gemeinden, von denen die in dem Krakau benachbarten Kazimierz (1335 von Kazimierz dem Großen gegründet) die bedeutendste war. Auch Oświęcim profitierte von diesem Zuzug jüdischer Menschen, die von dem im Vergleich zu Westeuropa liberalen Klima angezogen wurden, das die meisten polnischen Könige dieser Epoche ihnen gegenüber pflegten. König Kazimierz IV. Jagiellończyk (1447–1492), der das Fürstentum Oświęcim von der böhmischen Krone gekaufte hatte, bestätigte die Rechte der dort schon ansässigen jüdischen Bevölkerung. »Sie garantierten unter anderem die Unterstellung unter die fürstliche Gerichtsbarkeit, die Freiheit der Andachtsausübung und die Möglichkeit, sich in konfessionellen Selbstverwaltungsgemeinschaften zu organisieren.« (Filip 2005, S. 14) Diese Privilegien förderten die wirtschaftliche Kraft der jüdischen Gemeinde und darüber hinaus der ganzen Stadt und ihres Umlandes.

Damit beginnt für Oświęcim eine Zeit des kommunalen Miteinander, von dem beide Seiten – die jüdische wie die christliche – profitierten. Sicher gab es auch hier gegenseitige Vorurteile und Konflikte, aber Lucyna Filip berichtet an keiner Stelle von gewalttätigen Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung durch ihre christlichen Nachbarn. Deutlich wird in diesem Rückblick auch, dass die österreichisch-habsburgische Monarchie seit Josef II, dem Sohn, seit 1765 Mitregent und ab 1780 Nachfolger, Maria

Theresias die Emanzipation der Juden zu gleichberechtigten Bürgern förderte – eine Entwicklung bis hin zum Verfassungsgesetz von 1867 (unter Kaiser Franz Josef II), das ihnen die uneingeschränkten Bürgerrechte sicherte. Die Juden wurden nun zu gleichberechtigten Staatsbürgern mit »israelitischer Religionszugehörigkeit.« Das hatte auch Konsequenzen für die jüdische Gemeinde. »Die Gemeinde wurde als konfessioneller Verband zur öffentlichen Rechtsinstitution erklärt, die zahlreiche Rechte besaß.« (ebenda S. 29)

Im Grunde waren damit alle formalen Voraussetzungen geschaffen, die sich die jüdische Aufklärung (Haskala) seit Moses Mendelsohn erträumt hatte, um die Assimilation, d.h. eine Integration der Juden in Staat und Gesellschaft unter Beibehaltung ihrer religiösen Identität, zu gewinnen.

Im zweiten Kapitel beschreibt Lucyna Filip, dass es in der jüdischen Gemeinde von Oświęcim, wie in allen anderen dieser Zeit – wir sind jetzt bei dem Zeitraum 1918 bis 1941 angelangt – eine Vielzahl von Unterschiedlichkeiten gab: Orthodoxe und Chassidim; Liberale, Assimilierte und Zionisten; Arme, Wohlhabende und Reiche. Aber sie waren sich – so Moses Weiss, ein orthodoxer Jude der Stadt – in einem einig: »alle waren wir Juden« (ebenda S. 52).

Die Gemeinde, im engeren Sinne die Gemeindebehörde (Kahal), war für die religiösen, pädagogischen und sozialen Angelegenheiten und die Kontakte mit der Staats- und Stadtverwaltung zuständig. Sie besaß auf der Basis von Rechtsvorschriften, die von 1918 bis 1927 mit denen der k.u.k.-Monarchie identisch waren, eine weitgehende religiös-kulturelle Autonomie. Ab 1927 galt eine neue Rechtsvorschrift. »Sie kam den Forderungen orthodoxer Kreise entgegen und beschränkte die Gemeinderechte hauptsächlich auf religiöse Aufgaben. Sie bezog sich auf die Erhaltung des Rabbinats, der Synagogen, der Ritualbäder und des Friedhofs, auf das Anliegen der religiösen Erziehung der Jugend und die Sicherung der Lieferung von koscherem Fleisch. Die Gemeinden konnten Wohltätigkeitsorganisationen unterhalten und karitative Stiftungen verwalten. Anfang der dreißiger Jahre wurde eine Verordnung über die Wahl der Rabbiner, die Gemeindewahl und die Finanzwirtschaft erlassen.« (ebd. S. 49 f.) Die Statuten der jüdischen Gemeinde sind im Anhang abgedruckt. Insgesamt hatten die Orthodoxen den größten Einfluss in der jüdischen Gemeinde von Oświęcim, was sich in den Wahlen zur Gemeindebehörde niederschlug. In den späten zwanziger Jahren nahm dann der zionistische Einfluss wesentlich zu.

Ich finde dieses zweite Kapitel auch deshalb spannend, weil es die Grundelemente der jüdischen Kultur und des mit ihr untrennbar verbundenen religiösen Lebens mit dem Blick auf eine einzige Gemeinde entrollt. Unter den Stichworten Kultusgemeinde, Synagoge, Ritualbad (Mykwe), Friedhof, koscheres Schlachthaus und Religionsschulen zeichnet die Autorin das tägliche jüdische Leben in einem modernen republikanischen Staat Osteuropas nach. Es wird deutlich, dass die grundlegenden Elemente dieses Lebens auch im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts noch ungebrochen in der Tradition einer zweitausendjährigen Religion, den ihr zugrundeliegenden mosaischen Gesetzen der Thora und deren vielfältigen Auslegungen im Talmud verankert waren. Deutlich wird auch, dass zumindest in Oświęcim – aber das wird wohl auf ganz Polen übertragbar sein – nicht die im späten 18. und im 19. Jahrhundert entwickelten Ideen einer Assimilation, sondern die einer weitgehenden religiös-kulturellen Differenz zur christlichen und säkularen Umwelt das Gemeindeleben bestimmten. Der polnische Staat trat dabei als

rechtlicher Garant dieser Differenz auf. Diese ließ zwar vielfältige Beziehungen zwischen dem jüdischen und nichtjüdischen Teil der politischen Gemeinde zu, dennoch gab es im Alltag und der Lebenswelt einer Kommune wie Oświęcim klare Grenzen, die sich optisch (z.B. im Habitus der orthodoxen Juden), sozialräumlich (in den trotz aller Durchmischung noch abgrenzbaren Wohnquartieren und eigenen Versammlungsorten), kulturell (in einer Vielzahl eigener nur für den jüdischen Bevölkerungsteil existierenden Vereinen) und wirtschaftlich (einer Vielzahl von jüdischen Betrieben und Läden) ausmachen ließen. Andererseits gab es vielfältige kooperative Beziehungen auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene. Im Stadtrat besaß die jüdische Bevölkerungsgruppe etwa 35 % der Mandate und diese wurden z.T. von Vertretern des Rates der jüdischen Kultusgemeinde ausgeübt. 1926 befanden sich unter den fünf Assessoren der Stadtverwaltung drei Juden und immer bekleidete ein Jude das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters. Auch in den verschiedenen Kommissionen – wir würden vielleicht von Fachausschüssen des Stadtparlamentes sprechen – gab es jüdische Mitglieder, so dass über sie die Juden auch Einfluss auf das kommunale politische Leben und die Entwicklung der Infrastruktur nehmen konnten.

Schade, dass die Autorin nicht noch mehr über die Beziehungen zwischen jüdischen und christlichen bzw. säkularen Bevölkerungsgruppen in der Politik und im kommunikativen Alltag der Kommune schreibt. Vielleicht gibt hier die Quellenlage nicht mehr her, vielleicht wäre das aber auch ein zu weitreichendes Thema, um es noch innerhalb des vorliegenden Buches zu bearbeiten. Auf jeden Fall fände ich hier weitere Forschungen interessant.

Denn 1939 waren von den 12000 Einwohnern und Einwohnerinnen der Stadt 7000 Mitglieder der jüdischen Gemeinde; sie stellten die zahlenmäßige Mehrheit, was sich aber in den politischen Instanzen der Stadt nicht abbildete: im Stadtrat hatten sie nicht die Mehrheit und sie stellten auch nicht den ersten Bürgermeister.

Im vierten Kapitel erzählt uns die Autorin viel über die kulturellen Einrichtungen der jüdischen Gemeinde – Religionsschulen (Chederschulen), allgemeinbildende Schulen mit Hebräisch als Unterrichtssprache (die vor allem von den an säkularer Bildung interessierten zionistischen Bewegungen gefördert wurden), Bildungseinrichtungen wie Leseraum, Theatergruppen, Sportvereine und eine Vielzahl von politischen Parteien, die sich meistens links und oder zionistisch verorteten.

Das fünfte Kapitel befasst sich mit dem wirtschaftlichen Leben der jüdischen Gemeinde in Oświęcim. Aus der reinen Zahl ihrer Mitglieder geht schon hervor, dass sie ein beherrschender Wirtschaftsfaktor der Stadt waren. »Sowohl in der Industrie als auch im Handwerk arbeiteten 22,5 % Juden, im Handel und den Versicherungen waren 46,5 % Juden beschäftigt. Mit 10,8 % stellten die Juden auch in der Landwirtschaft einen bedeutenden Anteil. In Transport und Verkehr fiel er dagegen mit 2,1 % gering aus. In den freien Berufen, also in der Anwaltschaft, im Sanitätswesen und im privaten Schulwesen waren 5,3 % der Beschäftigten Juden.« (ebd. S. 139) Gern hätte ich auch hier mehr darüber erfahren, ob es auch Betriebe gab, in denen jüdische und nichtjüdische Beschäftigte zusammenarbeiteten, und wenn ja, ob die Kooperation funktionierte. Eine andere Frage wäre, ob jüdische Betriebe auch nichtjüdische Mitarbeiter beschäftigten und ob umgekehrt auch Juden in nichtjüdischen Betrieben arbeiteten.

Lucyna Filip berichtet detailliert über die finanziellen Probleme der jüdischen Betriebe, die sich in den dreißiger Jahren auf Grund der allgemeinen Wirtschaftskrise

verschärften, über gegen sie gerichtete staatliche Restriktionen und eine zunehmende antijüdische Stimmung, die viel mit der starken Stellung der Juden im Geschäftsleben und der daraus resultierenden Konkurrenz mit christlichen Unternehmern zu tun hatte. Die schlechte Wirtschaftslage verstärkte latent vorhandene antijüdische Stimmungen nach dem Motto »Wären die nicht, gäbe es weniger Konkurrenz um Arbeitsplätze, Löhne, Kunden und mehr Gewinnmöglichkeiten – auch in karger Zeit«.

Dass Lucyna Filip diese dunklen Seiten des Zusammenleben jüdischer und christlicher bzw. säkularer Polen und Polinnen anspricht, ehrt sie. Auch durch ihre lakonische Anmerkung auf Seite 161 erweist sie sich als mutige Frau, die sich dem Risiko aussetzt, in ihrem Heimat- und Wohnort Os wiçim als »Nestbeschmutzerin« beschimpft zu werden. Sie berichtet hier über eine ziemlich eindeutige antijüdische Aktion der Stadtverwaltung von Oświęcim aus dem Jahre 1998. Diese richtete sich gegen die Familie Haberfeld, die ihr während der deutschen Besatzungszeit enteignetes, 1946 in den Besitz des polnischen Staates und später der Stadt überführtes Haus zurückerhalten wollte. Die Stadtverwaltung sah keinen Grund, die Enteignung jüdischen Privateigentums durch die Nazis rückgängig zu machen, sondern definierte das Haus als städtisches Eigentum und bot der nach New York emigrierten Familie das Haus zum Rückkauf an – allerdings zu einem Preis, den die Familie nicht bezahlen konnte. Später verkaufte sie es um ein Vielfaches billiger an ein polnisches Konsortium, das es dann an zwei Privatpersonen weiter veräußerte. Der Familie Haberfeld gehörte bis 1939 eine Spirituosenfabrik, die sehr erfolgreich für den nationalen und internationalen Markt produzierte. Einige ihrer Mitglieder konnten sich dem Zugriff der Deutschen entziehen – unter Verlust eines großen Teils ihres Vermögens.

Im letzten Kapitel berichtet Lucyna Filip über die Jahre 1939–1941. Sie schreibt über die Repressionsmaßnahmen der deutschen Besatzung, die in der Deportation in umliegende Ghettos und von dort in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau kulminierten. So wurden die Juden Os wiçims von den deutschen Mördern in die Gaskammern von Auschwitz getrieben.

Ich kann mich noch gut an einen Rundgang mit der Autorin durch das heutige Oświęcim erinnern, bei dem sie uns zu all den Stätten führte, die sie in ihrem Buch als Elemente des religiösen und kulturellen jüdischen Lebens dieser Stadt beschrieben hat. In dieser Verbindung von gelesenem Buch und dem erlebten Aufsuchen der Plätze und Gebäude wird das reiche Leben der jüdischen Gemeinde in Oświęcim deutlich, das durch die deutsche Besatzungsmacht mit einem Schlag zerstört wurde. Dabei wird auch an diesem doch sehr kleinen Ort auf der europäischen Landkarte deutlich, was das nationalsozialistische Deutschland nicht nur den einzelnen jüdischen Menschen und dem europäischen Judentum insgesamt angetan hat, sondern allen Europäern, indem es eine uns so bereichernde Kultur aus der Gesellschaft ausschloss und zerstörte. Ich kann mich noch gut an meine Gefühle erinnern, als ich zum ersten Mal in der renovierten und 1998 wieder eingeweihten orthodoxen Synagoge »Lomdei Misznajot« (die Synagoge des Vereins »der die Mischna Studierenden«) in Oświęcim saß – voll Trauer über diesen Verlust. Besonders gefreut habe ich mich deshalb über die vielen Fotos, unter anderem von der restaurierten Synagoge, welche dem Leser diese Orte vor Augen führen und den Text illustrieren. Ich erinnere mich auch, mit wie viel Wärme sie uns Haus und Grab von Szymon Kluger, dem letzten Juden in Oświęcim zeigte und uns über ihre vielen

Dr. Wolf Ritscher ist Professor für Psychologie an der Hochschule für Sozialwesen Esslingen. Er arbeitet u.a. an einem Projekt zur »Erziehung nach Auschwitz« sowie mehrgenerationale Dynamik in Familien von Opfern und Tätern des Nationalsozialismus.

Begegnungen mit ihm berichtete. Er starb im Jahre 2000, und mit diesem Hinweis beschließt Lucyna Filip ihr Buch über die Juden in Oświęcim.

Lucyna Filip's Buch ist ein notwendiges, ein interessantes, ein informatives, ein sprödes, ein bewegendes, und ein hervorragend recherchiertes Buch, das uns in einen jüdischen Mikrokosmos vor der Shoa zurückführt und damit zugleich einen Blick auf das Leben des osteuropäischen Judentums bis 1941 gestattet. Allen Besuchern und Besucherinnen der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau kann dieses Buch noch eine andere Perspektive – jenseits von Verfolgung und Ermordung – eröffnen. Aber auch allen, die sich für die Geschichte des europäischen Judentums interessieren, kann ich es sehr empfehlen. Und es ist ein Erinnerungsbuch – für die aus Oświęcim stammenden überlebenden jüdischen Menschen, ihre Familien und für alle, welche sich der Mahnung dieser Menschheitskatastrophe nicht versagen wollen.

Lucyna Filip: Juden in Oświęcim 1918–1941,
Verlag Scientia Oświęcim 2005.

»Lebensunwert« – NS-Psychiatrie und ihre Folgen

Ein Film über Paul Brune

Robert Krieg und Monika Nolte

Das nationalsozialistische Regime war noch kein halbes Jahr an der Macht, als am 14. 7. 1933 das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« verabschiedet wurde. Rassenhygiene und Erbgesundheitslehre wurden die entscheidenden Konstanten der Sozial- und Gesundheitspolitik im Deutschen Reich. Amtsärzte und Psychiater erstellten die Gutachten, die letztendlich zur Eliminierung von »lebensunwertem Leben« führten.

Neben geistigen und körperlichen Behinderungen war dabei »asoziales« Verhalten eine zentrale Kategorie. Als »asozial« galten unter anderem Obdachlose, Bettler, Alkoholabhängige, Arbeitslose und Prostituierte, sowie unangepasste, verhaltensauffällige oder aus schwierigen sozialen Verhältnissen stammende Kinder und Jugendliche, die als »renitent« und »arbeitsscheu« eingestuft wurden.

1943 attestiert der Gutachter Dr. Heinrich Stolze, Mitglied der NSDAP und mitverantwortlich für die Transporte der Kranken aus Westfalen in die Vernichtungslager, dem achtjährigen Paul Brune »asoziales Verhalten« und »Anstaltspflegebedürftigkeit wegen Geisteskrankheit«. Paul Brune ist das Kind einer außerehelichen Beziehung seiner Mutter und wächst im Waisenhaus auf. In der Volksschule erfährt der Schullektor, ein überzeugter Faschist und Anhänger der »Rassenhygiene«, die familiäre Vorgeschichte Paul Bruners. Er stellt einen Antrag auf Erfassung und Begutachtung nach dem »Euthanasie«-Erlass. Paul Brune wird in die Heilanstalt Dortmund-Aplerbeck eingewiesen. Hinter den Mauern der »Kinderfachabteilung« werden im Rahmen der »Kindereuthanasie« über 200 Kinder ermordet. Zeitgleich gehen von Aplerbeck aus zahlreiche Transporte erwachsener Patienten in die Vernichtungslager der NS-»Euthanasie«. Paul Brune entgeht der Vernichtung und wird in die »Idiotenanstalt« St. Johannesstift in Marsberg im Sauerland verlegt. Wahrscheinlich haben ihn seine guten schulischen Leistungen gerettet. Die nächsten zehn Jahre verbringt er in der »Obhut« der »Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vincenz von Paul« in Marsberg. Um ihn herum Hunger, Gewalt, Mißbrauch

und Tod. Von 1943 bis Anfang der 50er Jahre sterben rund 400 Kinder in der Anstalt St. Johannesstift. Die Zäsur des verlorenen Krieges 1945 ändert grundsätzlich nichts an der Lage der in den Anstalten Eingeschlossenen. Die ärztlichen Gutachten werden nicht in Frage gestellt. Sie bleiben unabänderlich Bestandteil der »Krankenakte«. Paul Brune gelingt es dennoch mit 27 Jahren, aus diesem Kreislauf der Gewalt auszubrechen und die Aufhebung seiner Entmündigung zu erreichen. Unter schwierigsten Umständen holt er seine Schulbildung nach, macht Abitur. In den 70er Jahren studiert er Germanistik und Philosophie. Als er sein Examen machen will, versucht ihm der Amtsarzt Dr. Johannes John das gesamte Studium abzuerkennen. Grundlage ist die »Krankenakte«. Für Dr. John ist Paul Brune ein »Schulbeispiel für asoziales Verhalten infolge Erbanlage« geblieben. Der Schuldienst bleibt Paul Brune verwehrt. Erst 2003 wird er als Verfolgter des Nazi-Regimes anerkannt. Das ist bisher kaum einem Opfer der Nazi-Psychiatrieverbrechen gelungen.

Wie war es möglich, dass nach 1945 die menschenverachtenden Verhältnisse in den psychiatrischen Anstalten jahrzehntelang fortbestanden und die rassenbiologisch begründeten Gutachten und Urteile nicht angetastet wurden? Diese Fragen wirft der Film »Lebensunwert« auf.

Informationen

»Lebensunwert« Paul Brune – NS-Psychiatrie und ihre Folgen«, DVD

Mit dem Recht zum nichtgewerblichen Verleih und

zur nichtgewerblichen Vorführung: Einzelpreis 45,- Euro

(incl. MwSt. und Versandkosten)

Für den privaten Gebrauch zum Einzelpreis von 14,90 Euro

(incl. MwSt. zuzüglich 2,60 Euro Versandkostenanteil)

Paul Brune und die Autoren stehen für Aufführungen und Diskussionen zur Verfügung.

Bezugsadresse

Landschaftsverband Westfalen-Lippe/

Westfälisches Landesmedienzentrum Münster

48133 Münster, Dr. Markus Köster

medienzentrum@lwl.org

Tel. (0251)591-3901

Robert Krieg ist seit 1983 Autor und Regisseur von Dokumentarfilmen und arbeitet seit 1997 zusammen mit Monika Nolte in der Autoren-gemeinschaft und Dokumentarfilm-produktion WORLD TV.

Literatur

60. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora 6.-12. April 2005. Weimar-Buchenwald: Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, 2005. ISBN 3-935598-11-04

Alliierter Bombenkrieg: das Beispiel Dresden. Göttingen: V&R unipress, 2005. (Berichte und Studien; 50). ISBN 3-89971-273-0

Andresen, Geertje: Oda Schottmüller: die Tänzerin, Bildhauerin und Nazigegnerin; 1905–1943. Berlin: Lukas, 2005. Begleitbuch zur Ausstellung »nicht klein begeben.« Die Tänzerin und Bildhauerin Oda Schottmüller: SK Stiftung Kultur Köln: 3. Dezember 2005 – 5. März 2006. ISBN 3-936872-58-9

Ansorg, Leonore: Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR: Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg. Berlin: Metropol, 2005. (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; 15). ISBN 3-938690-21-6

Balta, Sebastian: Rumänien und die Großmächte in der Ära Antonescu (1940–1944). Stuttgart: Steiner, 2005. (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa ; 69). Hochschulschrift: Bonn, Univ., Diss., 2004. ISBN 3-515-08744-3

Begegnungen : Bildband 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus. Braunschweig: ARUG, [2005]. ISBN 3-932082-16-8

Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Stuttgart: Steiner, 2005. (2 Bände)

Beyond the »Never Again«. Värnamo: Fälth och Hässler, 2005. Kongr.: Stockholm International Forum Series: Stockholm; 2000–2004. ISBN 91-631-7354-9

Botsch, Gideon: »Politische Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg« : die »Deutschen Auslandswissenschaften« im Einsatz 1940–1945. Paderborn: Schöningh, 2006. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Hochschulschrift: Berlin, Freie Univ., Diss., 2003. ISBN 3-506-71358-2

Bozyakali, Can: Das Sondergericht am Hanseatischen Oberlandesgericht : eine Untersuchung der NS-Sondergerichte unter besonderer Berücksichtigung der Anwendung der Verordnung gegen Volksschädlinge. Oxford u.a.: Lang, 2005. Hochschulschrift: Hamburg, Diss., 2004. ISBN 3-631-53896-0

Brkic, Stanisa: Grosse Verbrechen der Wehrmacht: Kragujevac 1941. Kragujevac: Lapovo, 2004. ISBN 86-83801-07-1

Capogreco, Carlo Spartaco: I campi del duce: l'internamento civile nell'Italia fascista (1940–1943). Torino: Einaudi, 2004. (Gli struzzi; 574). ISBN 88-06-16781-2

Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944. Paderborn: Schöningh, 2006. ISBN 3-506-71787-1

denk!mal 2005: Dokumentation »Der Wettbewerb zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar« / Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. Berlin. 46 S.: zahlr. Ill.

denk!mal : erinnern und gestalten; Ausschnitte der Abschlussveranstaltung des Jugendwettbewerbs denk!mal 2005 am 11. Januar 2005 / Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. Berlin. 1 CD-ROM, 2002. ISBN 3-00-009542-X

Dirks, Christian: Die Verbrechen der anderen: Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR: das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer. Paderborn: Schöningh, 2006. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Hochschulschrift: Berlin, Freie Univ., Diss., 2004. ISBN 3-506-71363-9

Eckert, Astrid M.: Kampf um die Akten : die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart: Steiner, 2004. (Transatlantische historische Studien; 20). ISBN 3-515-08554-8

Encyclopedia of World War II: a political, social, and military history. Santa Barbara, Calif.; Denver, Colo.; Oxford: ABC-CLIO, 2005. ISBN 1-57607-999-6 (5 Bände)

Eröffnung Denkmal für die ermordeten Juden Europas 10. Mai 2005 : Reden und Fotos / Uwe Neumärker; Kim Wünschmann. Berlin: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, [2005]

»Erschossen in Moskau...« : die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953. Berlin: Metropol, 2005. ISBN 3-938690-14-3

Gesicht zeigen : Themenheft 2006. Bad Nauheim: Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammen-

arbeit Deutscher Koordinierungsrat e.V.
ISBN 3-923840-14-4

Geistliche und Gestapo: Klerus zwischen Staatsallmacht und kirchlicher Hierarchie. 2. Aufl. Münster, 2005. (Anpassung-Selbstbehauptung-Widerstand; 23) ISBN 3-8258-8115-6

Gronowski, Simon: Simon. le petit évadé: l'enfant du 20e convoi. Bruxelles: Éditions Luc Pire, [2005]. ISBN 2-87415-497-0

Gruber, Hubert: Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930-1945 : ein Bericht in Quellen. Paderborn: Schöningh, 2004. ISBN 3-506-73443-1

Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung: die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Bremen: Edition Temmen, 2005. Kongr.: Wiss. Symposium; Schwerin: 31. August – 2. September 2001 ISBN 3-86108-799-5

Hamburg im »Dritten Reich«/Josef Schmid [Red.]. Göttingen: Wallstein-Verl., 2005. ISBN 3-89244-903-1

Haupt, Michael: Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz Berlin. Berlin: Stadtwandel, 2005. (Gedenkorte; 2). ISBN 3-937123-52-0

Haupt, Michael: House of the Wannsee Conference Memorial Berlin. Berlin: Stadtwandel, 2005. (Gedenkorte; 2). ISBN 3-937123-53-9

Hiroshima National Peace Memorial Hall for the Atomic Bomb Victims. Hiroshima

Die Hitlers : die unbekannte Familie des Führers. Frankfurt/Main ; New York: Campus, 2005. ISBN 3-593-37457-9

Hohengarten, Änder: Die nationalsozialistische Judenpolitik in Luxemburg. 2., veränd. Aufl. Luxemburg, 2004

Just, Steffen: Polizeibegriff und Polizeirecht im Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit des Ausschusses für Polizeirecht bei der Akademie für Deutsches Recht. Friedberg/Hessen: Masch.-Skript, 1990. Hochschulschrift: Würzburg, Univ., Diss. 1990

Kaldemorgen, Sabine: Berliner Gedenkorte. Erfurt: Sutton, 2005. (Heimatchiv). ISBN 3-89702-907-3

Knauff, Wolfgang: Zwischen Fabriken, Kapellen und KZ: französische Untergrundseelsorge in

Berlin 1943-1945. Heiligenstadt: Cordier, 2005. ISBN 3-929413-93-0

Köhler, Ingo: Die »Arisierung« der Privatbanken im Dritten Reich : Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung. München: Beck, 2005. (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte; 14). Hochschulschrift: Bochum, Univ., Diss., 2003. ISBN 3-406-53200-4

Kopleck, Maik: Berlin 1945-1989: Past-Finder; Stadtführer zu den Spuren der Vergangenheit. Berlin: Links, 2005. (Past-Finder: Stadtführer zu den Spuren der Vergangenheit). ISBN 3-86153-375-8

Kopper, Christopher: Bankiers unterm Hakenkreuz. München; Wien: Hanser, 2005. ISBN 3-446-40315-9

Kosakai, Yoshiteru: Hiroshima Peace Reader. 12. Aufl. Hiroshima: Hiroshima Peace Culture Foundation, 2002. ISBN 4-938239-07-8

KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Ausstellungen-Begegnungen-Studienzentrum; Dokumentation der Veranstaltungen vom 3. und 4. Mai 2005; anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung und Eröffnung der Gedenkstätte am historischen Ort des ehemaligen Häftlingslagers als Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum. Hamburg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2005

Il Lager di Bolzano – NS-Lager Bozen: immagini e documenti del Lager nazista di Bolzano – Bilder und Dokumente vom NS-Lager Bozen (1944-1945). Bozen: Città di Bolzano/Stadt Bozen, 2004.

Mattioli, Aram: Experimentierfeld der Gewalt: der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935-1941. Zürich: Orell Füssli, 2005. ISBN 3-280-06062-1

Mix, Karl-Georg: Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-1949. Stuttgart: Steiner, 2005. (Historische Mitteilungen; 59). ISBN 3-515-08690-0

Mühlberger, Detlef: Hitler's voice: the Völkischer Beobachter, 1920-1933. Oxford u.a.: Lang, 2004. ISBN 3-906769-72-0 (2 Bände)

Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten: der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf: Droste, 2005. (Schriften des Bundesarchivs; 65). Hochschulschrift: Marburg, Univ., Habil. ISBN 3-7700-1619-X

Nach Kriegen und Diktaturen: Umgang mit Vergangenheit als internationales Problem – Bilanzen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert/ Alfons Kenkmann, Hasko Zimmer [Hrsg.].

- Essen : Klartext, [2006]. 231 S. Tagung; Villa ten Hompel <Münster> : September 2002. ISBN 3-89861-531-6
Papier, Hans-Jürgen: Demokratie braucht Vertrauen : Rede in der Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 2005.: Masch.-Skript, [2005]
- Podolska, Johanna: The Children of the Lodz Ghetto: Exhibition; August 2004, on the 60th anniversary of the liquidation of the Lodz Ghetto. Lodz: Bilbo, 2004. ISBN 83-921360-0-4
- Römer, Sebastian: Mitglieder verbrecherischer Organisationen nach 1945 : die Ahndung des Organisationsverbrechens in der britischen Zone durch die Spruchgerichte. Oxford u.a.: Lang, 2005. Hochschulschrift: Hannover, Diss., 2005. ISBN 3-631-54087-6
- Roman Vishniac Berlin. Berlin: Nicolai, 2005. ISBN 3-89479-256-6
- Schreiber, Carsten: Elite im Verborgenen: Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens. Leipzig: Masch-Skript, 2004. Hochschulschrift: Leipzig, Univ., Diss. 2004
- Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Bremen: Edition Temmen, 2005. (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland; 9). ISBN 3-86108-081-8
- Schule im Dritten Reich : Erziehung zum Tod; eine Dokumentation. 4., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Bonn: Pahl-Rugenstein, 2005. ISBN 3-89144-363-3
- Shulman, William L.: Anatomia de un Ghetto. New York: Centro y Archivas de Recurso del Holocaust.
- The Spirit of Hiroshima. Hirosh.: City of Hiroshima, 1999. An Introduction to the Atomic Bomb Tragedy by the Hiroshima Peace Memorial Museum
- Standpunkte 2005: Demokratie stärken; pädagogische Strategien zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus/Ursula Koch-Laugwitz, Michael Rump-Räuber [Hrsg.]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2005. 72 S. ISBN 3-89892-388-6
(Dokumentation einer Fortbildungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin, in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien, Berlin)
- Steglich, Henrik: Die NPD in Sachsen: organisatorische Voraussetzungen ihres
- Wahlerfolgs 2004. Göttingen: V&R unipress, 2005. (Berichte und Studien; 49). ISBN 3-89971-262-5
Stimmen aus dem KZ Ebensee: Projekt KZ-memoria scripta. Ebensee: Verein Zeitgeschichte-Museum, 2005. (Schriftenreihe des Vereins »Zeitgeschichte-Museum und KZ-Gedenkstätte Ebensee«; 1). ISBN 3-9500663-3-0
- Vademecum contemporary history Romania: a guide through archives, research institutions, libraries, societies, museums and memorial places/Stejarel Olaru; Georg Herbstritt [Hrsg.]; Oana Mitchell [Übers.]. Rainer Eppelmann [Vorw.]; Institutul Roman de Istorie Recenta. Berlin; Bucharest, 2004. – 108 S.
- Vademecum historii najnowszej w Polsce: przewodnik po archiwach, instytucjach badawczych, bibliotekach, towarzystwach, muzeach i miejscach pamieci/ Wydane przez Krzysztofa Ruchniewicza, Jakuba Tyszkiewicza, Ulricha Mählerta i Christiana Lotza na zlecenie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta na Uniwersytecie Wrocławskim i Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Wrocław ; Berlin; Leipzig, 2004. – 103 S.
Paralleltitel: Vademecum Zeitgeschichte Polen: ein Leitfaden durch Archive, Forschungsinstitutionen, Bibliotheken, Gesellschaften, Museen und Gedenkstätten
- Vademecum – Jelenkörtörténet Magyarországon: vezérfonal az archívumokhoz, kutatási intézményekhez, könyvtárakhoz, egyesületekhez, múzeumokhoz és emlékhelyekhez. Berlin ; Budapest: Első kiadás, 2005.
Paralleltitel: Vademecum – Contemporary History Hungary: a guide to archives, research institutions, libraries, associations, museums and places of memorial
- Vademecum soudobych dejin Ceska Republika: pruvodce po archivech, badatelskych institucích, knihovnách, sdruženích, muzeích a památkách/Oldrich Tuma; Jitka Svobodá [Hrsg.]; Ulrich Mähler [Hrsg.]; Deanna Woolley [Übers.]; Ustav pro soudobé AV CR. Praha; Berlin, 2005. 109 S.
Paralleltitel: Vademecum contemporary history Czech Republic: a guide to archives, research institutions, libraries, associations, museums and places of memorial
- Vier Spendenreisen in die Ukraine und Russland 2005. Berlin : Kontakte – Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion, 2005. o. Zähl.
- Winters, Peter Jochen: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen/Florian Bolz [Illustrator]. Berlin:

EINLADUNG UND PROGRAMM

**Bundesweites Gedenkstättenseminar
Halle (Saale), 11.–13. Mai 2006**

**Justizverbrechen und deren Aufarbeitung
Das Beispiel der Haftanstalt »Roter Ochse Halle« (Saale)**

Veranstalter	Bundeszentrale für politische Bildung, Gedenkstätte »Roter Ochse« Halle (Saale), Stiftung Topographie des Terrors
Unterkunft	InterCity-Hotel Halle
Tagungsorte	InterCity-Hotel Halle Gedenkstätte »Roter Ochse« Halle
Zeitraum	Donnerstag, 11. Mai 2006 – Samstag, 13. Mai 2006

Donnerstag, 11. Mai 2006

14 Uhr	Anreise, Kaffee
15 Uhr	Begrüßung <i>Ulrike Puvogel</i> , Bonn <i>Dr. Lutz Miehe</i> , Magdeburg
15.15 Uhr	Juristisches Denken als Legitimationsfassade für die Etablierung und zur Stabilisierung von autoritären Systemen <i>Dr. Helmut Kramer</i> , Wolfenbüttel
anschl.	Diskussion, Leitung <i>Thomas Lutz</i> , Berlin
16.30 Uhr	Kaffee
17 Uhr	Justiz im Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR im Vergleich <i>Dr. Hermann Wentker</i> , Berlin
anschl.	Diskussion Leitung <i>Thomas Lutz</i> , Berlin
18.15 Uhr	Transfer zum Rathaus (individuell per Straßenbahn von Halle-Neustadt bis zum Marktplatz)
19 Uhr	Empfang durch die Stadt Halle und den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt (angefragt – Landtagswahlen am 26. März 2006)

Freitag, 12. Mai 2006

- 8.30 Uhr Transfer vom Hotel zur Gedenkstätte »Roter Ochse« (per Bus)
- 9 Uhr Begrüßung in der Gedenkstätte »Roter Ochse«
André Gursky, Halle
Besichtigung des Hauses (individuell)
- 11 Uhr Vorträge (jeweils 20 Minuten)
A Der »Rote Ochse« – Haftanstalt und Hinrichtungsstätte
in der Zeit des Nationalsozialismus
Michael Viebig, Halle
B Der »Rote Ochse« als Haftstätte des NKWD und
Ort sowjetischer Militärtribunale
Daniel Bohse, Halle
C Die MfS-Untersuchungshaftanstalt »Roter Ochse« 1950/52–1989
Wiebke Janssen, Leipzig
- 12 Uhr Aussprache über die Vorträge zur Geschichte und die Darstellung
in der Gedenkstätte »Roter Ochse« Halle
Leitung *Thomas Lutz*, Berlin
- 12.30 Uhr Transfer von der Gedenkstätte »Roter Ochse« zum Hotel (per Bus)
- 13 Uhr Mittagessen
- 14 Uhr Notwendigkeit und Grenzen der Aufarbeitung
verschiedener staatlicher Verfolgungsperioden an einem Ort
Prof. Dr. Matthias Pfüller, Schwerin
- anschl. Diskussion
Leitung *Thomas Lutz*, Berlin
- 16 Uhr Kaffee
- 16.30 Uhr Arbeitsgruppen
AG 1 Sondergerichtsbarkeit und Strafvollzug
im Nationalsozialismus und seine Erforschung
Sylvia de Pasquale, Berlin
Lars Skowronski, Halle
AG 2 Bildungsarbeit in Gedenkstätten zur nationalsozialistischen
Justiz und zum NS-Strafvollzug
Winfried Knauer, Wolfenbüttel
Michael Viebig, Halle
AG 3 Bildungsarbeit in Gedenkstätten zu verschiedenen Verfolgungsperioden
Daniel Gaede, Weimar
André Gursky, Halle
AG 4 Erforschung des Unrechtes durch NKWD und MfS
Dr. Leonore Ansorg, Potsdam
Wiebke Janssen, Leipzig
Dr. Natalja Jeske, Rostock
Daniel Bohse, Halle
- 18.30 Uhr Abendessen
- 20 Uhr Filmvorführung
(Titel wird nach dem Leipziger Dokumentarfilmfestival benannt.)

Samstag, 13. Mai 2006

- 9 Uhr Arbeitsgruppenberichte werden vorgestellt
Leitung *Dr. Lutz Mieke*, Magdeburg
- 10.15 Uhr Kaffee
- 10.45 Uhr Die alliierte Gesetzgebung zur NS-Verfolgung
Dr. Annette Weinke, Berlin
- anschl. Diskussion
Leitung *Ulrike Puvogel*, Bonn
- 11.45 Uhr Justitielle Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik
und in der DDR im Vergleich
Prof. Dr. Dr. Ingo Müller, Hamburg
- 12.45 Uhr Mittagessen
- 13.45 Uhr Zur Entwicklung der Gedenkstättenstiftung in Sachsen-Anhalt
Dr. Lutz Mieke, Magdeburg
- anschl. Aktuelle Fragestellungen in der Gedenkstättenarbeit
Seminarauswertung, weitere Verabredungen
Thomas Lutz, Berlin
- 15.45 Uhr Kaffee, Seminarende

Anmeldeformular

Landesverwaltungsamt
Referat 211 – Gedenkstätten
Halberstädter Str. 39 a | 39112 Magdeburg
Tel. 0391/627-3129/3144 | Fax: 0391/627-3130
E-Mail: Lutz.Miehe@lvwa.lsa-net.de

**Verbindliche Anmeldung zum Bundesweiten Gedenkstättenseminar vom
11.–13. Mai 2006 in Halle, Gedenkstätte »Roter Ochse« Halle und InterCity-Hotel Halle
Anmeldeschluß: 20. April 2006**

Hiermit melde ich mich zu dem Seminar an (bitte in Blockschrift ausfüllen)

Name, Vorname

Straße, PLZ

Beruf (Angabe freigestellt)

Tel./Fax

E-Mail

Anreisedatum/Uhrzeit

Abreisedatum/Uhrzeit

Hinweis zur Bearbeitung der Anmeldung:

Nach Eingang der Anmeldung erhalten Sie vom Landesverwaltungsamt, Referat 211 eine Rechnung über den Teilnahmebeitrag. Erst wenn Sie diese Rechnung bezahlt haben, gilt Ihre Teilnahme als bestätigt.

Eine Rückzahlung des Teilnahmebeitrages kann nur erfolgen, wenn Ihre Abmeldung bis zum 20. April 2006 eingegangen ist. Eventuell entstehende Stornokosten wegen zu kurzfristiger Absage, späterer Anreise oder früherer Abreise oder Nichtteilnahme trotz verbindlicher Anmeldung müssen – außer im Fall nachgewiesener Erkrankung – von den Betroffenen übernommen werden.

Mit Ihrer Unterschrift erklären Sie sich mit diesen Bedingungen einverstanden.

- ☐ Ich bezahle den normalen Beitrag (mit Übernachtung im Doppelzimmer) in Höhe von 50,- Euro.
- ☐ Ich bitte, sofern möglich, um Unterbringung im Einzelzimmer (zuzüglich 50,- Euro).
- ☐ Ich bitte um Beitragsermäßigung auf 25,- Euro.

Ermäßigungsgrund

- ☐ Ich bitte um vegetarisches Essen.

Datum

Unterschrift

Gedenkstätten im Internet

GedenkstättenForum ■ www.gedenkstaettenforum.de

Seit 2002 ist das Gedenkstätten Forum im Internet. Das von der Stiftung Topographie des Terrors konzipierte Online-Forum wurde auf die speziellen Bedürfnisse der Gedenkstätten zugeschnitten und dient als interaktive Kommunikations-Plattform mit:

- Täglicher Presseschau
- Veranstaltungshinweisen
- Hinweisen und Besprechungen von Publikationen
- Beiträgen des GedenkstättenRundbriefs
- Projekthinweisen
- PublicNewsgroup
- Netzwerkforum
- Linksammlung
- IC MEMO.

Internationale Gedenkstättenübersicht ■ www.gedenkstaetten-uebersicht.de

Eine weltweite Gedenkstättenübersicht der bedeutendsten Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen, erweitert die seit fünf Jahren zu Deutschland bestehende Übersicht. Dieser bisher einzigartige Überblick ist nach Kontinenten und Ländern sowie inhaltlichen Kriterien sortiert.

Die Einzeldarstellungen der Gedenkstätten bieten kurze historische Informationen zu den jeweiligen Orten, eine Beschreibung der Tätigkeiten der Einrichtungen, Links zu den Homepages, Anfahrtshinweise sowie Adressen.

Neben diesen Darstellungen werden auch die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Erinnerungsorte sichtbar. Die internationale Gedenkstättenübersicht der Stiftung Topographie des Terrors bietet grundlegende Informationen ebenso wie sie die Basis für eine weltweite Vernetzung der Gedenkort darstellt.

Die englische Sprachfassung ist direkt zu finden unten *www.memorial-museums.net*.

Stiftung Topographie des Terrors ■ www.topographie.de

Die Webseite der Stiftung Topographie des Terrors bietet historische Informationen zu den Zentralen des NS-Terrors auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« in Berlin, sowie zur Entwicklung der Stiftung und zum Dokumentationszentrum. Darüber hinaus bietet die Homepage Hinweise zu Veranstaltungen, Sonderausstellungen, Publikationen und ein Ausstellungstagebuch. Die Beiträge sind in deutsch und englisch verfügbar.